

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 54.

Sonnabend, den 4. März 1911.

18. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Neue Kämpfe in Finnland.

Unser finnländischer Mitarbeiter schreibt uns:
Nach Erledigung vieler zeitraubender Formalitäten ist die finnische Volksvertretung jetzt endlich wieder bei Fragen ersterer Natur angelangt. In dem Augenblick, wo es bekannt wurde, daß die vorjährigen Vorstellungen des Landtages behufs Wiedereinführung gesetzlicher Verhältnisse in Finnland vom Zaren ohne Folgen gelassen wurde, reichlich die „Konstitutionalisten“, d. h. die Schweden und ein Teil der Jungfinnen, nebst den Kleinbauern einen Adressentwurf ein, während der andere Teil der Jungfinnen, der sich von der Partei abgezweigt hat, einen besonderen Antrag einbrachte. In beiden wird auf die verfassungswidrigen Zustände im Lande hingewiesen und betont, daß Finnland eine zu Recht bestehende Verfassung besitzt, deren Ausübung für Rußland durchaus ungefährlich, für Finnland aber von unberechenbarem Schaden gewesen ist. — Der sozialdemokratische Antrag hat mehr die Form einer schonungslosen Anklage. Der Antrag betont zuerst, daß „untertänige“ Adressen und Gesuche die Politik der russischen Gewalt in Finnland weder bisher beeinflusst haben, noch in Zukunft beeinflussen werden. Dennoch sei die Volksvertretung verpflichtet, das, was ist, rückhaltlos anzupfeifen. Sodann wird auf die Ungefährlichkeit der russischen „allgemein staatlichen Gesetzgebung“ hingewiesen, welche Finnland nie anerkennen könne. — Von den in der Duma eingebrachten Vorlagen über die Militärsteuer sagt der Antrag, daß Finnland nichts dagegen habe, den russischen Staatsangehörigen nach Möglichkeit Rechte einzuräumen, die Regierung müsse das aber auf gesetzlichem Wege bei der Volksvertretung beantragen. Die Militärsteuerfrage müsse jedoch auch im Falle einer gesetzlichen Beantragung, die aber bis heute gar nicht erfolgt ist, zurückgewiesen werden. — Der Antrag schildert weiter sehr eingehend, wie der finnische Senat, außerhalb der Verfassung stehend, geradezu darauf hinarbeitet, eine gedeihliche Arbeit der Volksvertretung unmöglich zu machen. Nicht nur, daß der Senat seine Pflicht bezüglich der Ausarbeitung zeitgemäßer Gesetze vollständig vernachlässigt, er tut auch alles, um die vom Landtage ausgearbeiteten Gesetze zu hintertreiben. So hat er noch immer keine Zeit gefunden, das Alkoholverbotsgesetz v. S. 1909 dem Zaren zur Bestätigung zu unterbreiten. Ebenso ruhen die Arbeiterschutzgesetze vom Jahre 1908 und die neue Gemeindeordnungsnovelle noch heute in den Kabinetten des Senates. Die Landesregierung verfügt selbstherrlich über die Mittel des Landes. Sie verwirft die Beschlüsse der Volksvertretung bezüglich der kulturellen Ausgaben des Staates, während sie andererseits, entgegen den Beschlüssen der Volksvertretung, viele Millionen als Militärkontribution nach Rußland abführt. Sie entläßt einheimische Beamte, weil sie die Gesetze des Landes nicht nach Wunsch des Generalgouverneurs mißachten und fest Fremde ein, die den Generalgouverneur willfährig zu sein versprechen. Gleichzeitig vergeudet der Senat die Mittel des Landes für die Ausgaben des Generalgouverneurs und die Belohnung der früheren Handlanger Bobrikows. Zum Schluß wird in dem Antrage auf die Rechtspfeifung in politischen Prozessen hingewiesen. Die Pressefreiheit ist soweit eingeschränkt, die Klagen wegen „Majestätsverbrechen“ so allgemein, und die Strafen so schwer und häufig geworden, daß der heutige Zustand wie ein Hohn auf die Pressefreiheit erscheint. Die Justiz ist in diesen Fragen zu einer willfährigen Waffe der Gewalt geworden, besonders seitdem die Prokuratur widergesetzlich einem Russen anvertraut worden ist. Endlich kommt noch hinzu, daß man Finnen, die gegen die Gewalt Herrschaft aufzutreten wagen, den Petersburger Gerichten überantworten will! Diese kurzen Hinweise als Grundlage eines Kommissionsantrages empfehlend, schließt der Antrag mit folgender Forderung:

Die Volksvertretung muß dafür eintreten, daß eine Politik der Unterdrückung des Volkes, ausgeübt durch die russische Regierung und ihre Helfershelfer in Finnland, aufhören soll. Durch diese reaktionäre Politik wird nicht nur das finnische Volk in seinen Lebensinteressen schwer geschädigt, auch die Annäherung an das russische Volk erleidet dadurch Abbruch. Gleichzeitig muß die Volksvertretung die notwendigen Schritte ergreifen, damit die innerpolitische Freiheit in Finnland, wie auch die weitgehendste Möglichkeit der ungehinderten Entwicklung gewährleistet werde.

Die rückhaltlose, mutige Sprache des sozialdemokratischen Antrages fand indes bei den bürgerlichen Parteien keinen Anklang. Unter dem Vorwand, daß die Form dieses Antrages den § 48 des Landtagsstatuts, der „beleidigende Ausdrücke“ gegen die Regierung verbietet, verlegt, beschloß der aus den Vorsitzenden des Plenums und

der Kommissionen bestehende Präsidenschaftsrat, den sozialdemokratischen Antrag von der Beratung auszuschließen. Dieser unerhörte Beschluß wurde vom Salma Swinhufvud durchgeführt, ohne daß den Antragstellern die Möglichkeit gegeben worden wäre, die beanstandeten Ausdrücke zu korrigieren. In der Sitzung vom 24. Februar gelangte der Vorschlag des Präsidenschaftsrates mit 99 Stimmen gegen 88 zur Annahme. Genosse Tokoi legte gegen diese Vergewaltigung Protest ein, worauf die sozialdemokratische Fraktion demonstrativ den Saal verließ. — Bei der darauffolgenden Beratung der bürgerlichen Adressentwürfe kehrte ein Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion in den Sitzungssaal zurück, um den Standpunkt der Sozialdemokratie zur Geltung zu bringen. Er artikulierte die bürgerlichen Entwürfe und wies darauf hin, daß der sozialdemokratische Antrag sein Hauptaugenmerk auf die Durchführung sozialer Reformen gerichtet habe, während die bürgerlichen Parteien diese Frage gar nicht berührten. Nach Schluß der Debatte wurden die Entwürfe der Kommission für Grundgesetze überwiesen. — Das Vorgehen der bürgerlichen Parteien bei dieser Debatte kann für ihre jetzige Haltung als symptomatisch angesehen werden. Sie wollen offenbar, wie Genosse Ruusinen hervorhob, der russischen Regierung zu verstehen geben, daß sie bereit wären, über alle Wünsche der Sozialdemokraten hinwegzuschreiten! Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß sie mit dieser perfiden Politik nur ihre eigene Stellung gegenüber den Petersburger Eroberern erschüttern und der Sozialdemokratie nur noch weiteres Agitationsmaterial liefern werden.

Politische Rundschau

Deutschland.

Aus dem Reichstage.

Die zweite Lesung des Militär-Etats wurde auch am Freitag nicht völlig zu Ende geführt. Die Tempelhofer Angelegenheit wird erst am Dienstag zur Verhandlung gelangen. Die Freitag-Sitzung wurde wiederum im wesentlichen beherrscht von der sozialpolitischen Debatte, die durch die sozialdemokratische und die Zentrumsresolution zu den Militärverhältnissen veranlaßt wurde. Derselbe Reichstag, der die Resolution unserer Fraktion bei dem Marineetat in namentlicher Abstimmung mit überwältigender Mehrheit angenommen hatte, lehnte die gleichlautende Resolution zum Militäretat ab und nahm ein paar recht nichtsjagende Zentrums-Resolutionen an. Die Notwendigkeit unserer Resolution wurde an einer überwältigenden Fülle konkreter Tatsachen von den Genossen Zubeil, Hue, der den Herren Behrens und Schirmer gründlich die Köpfe wusch, Hoch und Keil dargelegt. Genosse Hengsbach wurde durch einen Schlußantrag gehindert, die Ausführungen der übrigen Redner wertvoll zu ergänzen.

Die nächste Sitzung findet am Dienstag statt.

Das Wahlprogramm der Festbesoldeten.

Der Bund der Festbesoldeten hat sein Wahlprogramm formuliert. Nach der Erklärung, der Bund bilde keine selbständige politische Partei und wolle sich auch auf keine bestimmte politische Partei festlegen, werden u. a. folgende Forderungen aufgestellt: Sicherstellung der staatsbürgerlichen Rechte der Beamten; reichsgesetzliche Regelung des Beamtenrechts; ein Staatsgerichtshof als Schiedsgericht in Disziplinarfällen; Aufhebung der geheimen Personalakten; freie und unabhängige Beamtenausschüsse; Abschaffung der Arreststrafen für die unteren Beamten; staatliche Pensionsversicherung für Privatbeamte und Befestigung der Konkurrenzklause; Einleitung einer gerechten Steuerpolitik (progressive Besteuerung unter schärferer Heranziehung der größeren Einkommen und Vermögen, Revision des Einschätzungs- und Veranlagungsverfahrens, Erweiterung der Reichserbschaftsteuer, Einschränkung der indirekten Steuern auf das unerläßliche Mindestmaß).

Diese Programmforderungen sollen bei den Reichstagswahlen jedem bürgerlichen Kandidaten mit der Frage unterbreitet werden, ob er im Falle seiner Wahl für sie einzutreten bereit sei.

Wirtschaftlicher Boykott.

Unsere Sunker und deren Troß haben schon ein hübsches Quantum Energie aufgewendet, um in gehörig gesteigerter Entrüstung ihren Abscheu über den wirtschaftlichen Boykott, den andere begehen, zu bekunden. Das ist erklärlich, denn die fanatischen Volksfeinde betrachten es als ein Vorrecht ihrer Kaste, in sozialen Sünden schwelgen zu dürfen. In diese ihre Domäne darf kein anderer eindringen, oder die Privilegierten toben — aus sittlicher Entrüstung! Zweifellos ist der wirtschaftliche Boykott als politisches Pressionsmittel durchaus verwerflich wie überhaupt jeder Gewissenszwang aus Egoismus. Und diesen

üben die herrschenden Sippen. Die öffentlichen Abstimmungen bei Wahlen, die Androhung der Entlassung als Strafe für die Bekundung sozialistischer Anschauungen und freigewerkschaftlicher Bestrebungen haben ausgesprochen den Zweck, abhängige Personen gegen ihren Willen zu der Duldung von Schänden und zu der Wahrnehmung der Interessen ihrer Gequert und Ausbeuter zu zwingen. Das ist verächtlicher Terror, das ist Boykott aus gemeinen Motiven. Etwas ganz anderes ist der Boykott aus Notwehr, als Mittel den Gewissenszwang abzuwehren. Aber die Hüter der Claqueurmoral, der Blünderethik verurteilen diese Art Boykott, weil er ihren Terror aus Portemonnaimotiven stört. Wie ungeniert die Ritter des Jollmocherlariens den wirtschaftlichen Boykott als Pressionsmittel handhaben, darüber liegt ein neuer krasser Fall vor. Die „Voss. Zig.“ berichtet darüber:

Der Landwirt Noack in Krummensee (Kreis Niederbarnim) hat einem liberalen Geschäftsmann in Berneuchen (Kreis Oberbarnim) erklärt, er würde von ihm fernerhin keine Waren mehr beziehen, wenn er nicht aus dem dortigen Verein der Fortschrittlichen Volkspartei austrete. Leider hat sich der Kaufmann einschüchtern lassen. Als diese Angelegenheit am Sonntag in einer Versammlung zu Berneuchen vom Landtagsabgeordneten Dr. Schepp vorgebracht und scharf getadelt wurde, brüstete der anwesende Herr Noack sich noch mit dieser Geldentat und erklärte, auch künftig ebenso handeln zu wollen. Von den anwesenden Konservativen, auch nicht von dem Kandidaten Herrn Rechtsanwalt Vredereck, hatte keiner ein Wort des Tadelns für dieses Vorgehen ihres Parteigenossen.

Unsere Genossen werden nicht unterlassen, die Sündlergesellschaft bei passenden Gelegenheiten durch den Hinweis auf solche Taten ihrer Selben moralisch zu züchtigen.

Aus dem preussischen Abgeordnetenhaus.

Bei der Beratung des Etats der Bauverwaltung, bei der das Abgeordnetenhaus am Freitag begann, unternahmen die Konservativen einen bemerkenswerten Vorstoß gegen diejenigen Bundesstaaten, die mit der Erhebung von Schiffsabgaben nicht einverstanden sind. Sie beantragen nämlich die Kürzung des Ausgabenpostens Unterhaltung von Kanälen und begründen das mit Rücksicht auf die Tatsache, daß der preussische Staat mit erheblichen Kosten die Fahrtiefen auf der Elbe und anderen natürlichen Wasserstraßen über das vertraglich abgemachte Ziel hinaus unterhalten habe. Sie verlangen, daß bis zur Erledigung des Schiffsabgabengesetzes die Fahrtiefen nur in der dem Vertrage entsprechenden Weise unterhalten werden sollen. Ebenso wandten sie sich gegen eine etwaige Weiterführung des Mittelkanals.

Zur Abstimmung über den Antrag kam es nicht, er wurde vielmehr zurückgezogen, weil der Minister erklärte, er werde auch, ohne daß der Antrag angenommen wird, den Wünschen der Antragsteller gerecht werden.

Unser Genosse Liebknecht, der in die Debatte eingriff, wies nach, daß es sich bei dem Antrag, der anscheinend so harmlos aussieht, in Wirklichkeit um einen Vorstoß gegen Süddeutschland handele. Obwohl die Konservativen dies bestreiten, hat unser Redner zweifellos das richtige getroffen. — Heute ist die Beratung des Etats der Bauverwaltung fortgesetzt worden.

Fortschritt und Nationalliberale in Westfalen.

Der Vorstand der Fortschrittlichen Volkspartei im Bezirk Hagen hat den Beschluß gefaßt, keine Wahlwerftandigung für die Provinz Westfalen anzubahnen, sondern sich freie Hand gegenüber Bezirksabmachungen mit den Nationalliberalen zu wahren. Die Nationalliberalen hatten schon früher einen ähnlichen Standpunkt eingenommen. Durch diese gegenseitige Erklärung können nun Wahlabmachungen der liberalen Parteien für Westfalen definitiv als gescheitert gelten.

Aus einem Kleinstaate.

Vor kurzem ist der Landtag für Lippe zusammengetreten. Die Regierung hat ihm eine Vorlage unterbreitet, um das materielle Verhältnis der „Krone“ zum „Staate“ zu ändern. Der Fürst von Lippe bezieht keine Zivilliste, sondern ist auf die Netto-Erträge des Hausgutes (etwa eine halbe Million Mark) angewiesen. Damit würde sich der Inhaber des Lippeischen Fürstentums schließlich zufriedengeben, wenn nicht zu der Zeit, als das „Recht“ der Biesterfelders Grafen auf den Lippeischen Thron noch nicht unzweifelhaft gesichert war, eine Abmachung mit dem Landtage erfolgt wäre, durch die das fürstliche Hausgut verpflichtet wurde, 10 Proz. zu allen Mehraufwendungen für Beamtengehälter beizusteuern. Diese Verpflichtung ist dem Fürsten unbequem geworden und hat ihn u. a. veranlaßt, Verbesserungen der Lippeischen Volksschulverhältnisse hindernd in den Weg zu treten.

Nach der Regierungsvorlage sollen nun folgende Änderungen eintreten: Das Domanium (ein Fünftel des Lippeischen Landes = 24 000 Hekt.) bleibt fürstliches Haus-

gut. Aus den Erträgen erhält das Land eine feste Rente von jährlich 125 000 Mk. und von den Überschüssen — soweit sie 500 000 Mk. übersteigen, ein Viertel. Der Rest soll jährlich 500 000 Mk. erhalten und von den Überschüssen drei Viertel. Die Vorlage wird wahrscheinlich einer Kommission überwiesen werden. Der Einfluß der Sozialdemokratie im Landtage ist leider nur gering: von 21 Sitzen haben unsere Genossen nur einen inne.

Sozialdemokratische Wahlparole für die Stichwahl in Zimmernstadt.

Am 3. März hielten die Vertrauensmänner des Wahlkreises Rempten-Simmenstadt mit Vertretern des Landesvorstandes für Südbayern eine Konferenz ab, in der beschlossen wurde, in der Stichwahl für den liberalen Kandidaten Dr. Thoma, zu stimmen. Dr. Thoma hat sich schriftlich verpflichtet, gegen jede Verschlechterung des Reichstagswahlrechts, gegen jeden Angriff auf das Koalitionsrecht, gegen jedes Ausnahmengesetz und gegen jede Einschränkung der Selbstverwaltung bei der Sozialgesetzgebung sich mannhafte Wehr zu setzen.

Der bekümmerte Bethmann.

Die „Berliner Börsenzeitung“ gibt aus einem ihr zugegangenen „Situationsbild“ folgende Sätze wieder: „Rein anderer als Herr v. Bethmann-Hollweg ist es, der das Beiseite stehen der Mittelparteien und das negative Verhalten dieser Gruppen bei der gemeinsamen Arbeit am meisten bedauert. Die Gänge des letzten parlamentarischen Abends beim Reichskanzler werden es bestätigen müssen, daß Herr v. Bethmann-Hollweg nichts unversucht ließ, um die Überbrückung der sich immer mehr geltend machenden Kluft zu versuchen. Es soll hier nicht wieder gegeben werden, wie unerwartet und unerwünscht dem Reichskanzler gerade in dieser Zeit der Einigungsversuche die Kampfanlage der Konservativen an die Nationalliberalen kam, denn es würde zu heftigen Polemiken führen, wenn man aus diesen letzten Tagen einige Streiflichter des vertraulichen Meinungsaustausches wiedergeben würde. In Bundesratskreisen fiel mit diesem Augenblick auch jede Hoffnung, auf dem bisher eingeschlagenen Wege zum Ziele zu kommen. Es heißt nichts ausplaudern, wenn man hierbei erwähnt, daß die wiederholten Besuche des Kaisers im Reichskanzlerpalais pourparlers über die notwendigen Konsequenzen in sich schlossen. Durch eine — sagen wir mal — Indiskretion kam als erste Folge dieser An derweitiger Versuche die Nachricht aus Tageslicht, daß die Regierung in der Festsetzung des Wahlterminus nicht mehr die ursprüngliche definitive Absicht, die der Rechte als eine Konzession zur Erziehung der „Sammlung“ eingeräumt worden war, unbedingt einhalten wollte, weil eben die Grundbedingungen für diese Regierungshaltung in Fortfall gekommen waren.“
Armer Bethmann!

Koloniale Eisenbahnwünsche.

Die Deutsche Kolonialgesellschaft ist unermüdetlich in Forderungen, die sie an den Reichstag stellt. Jetzt verlangt sie, daß die Wambara-Bahn nicht mit dem vorgezeichneten Endpunkt Wafchi aufhöre, sondern, ohne den Bau zu unterbrechen, sofort bis zum Meru weitergeführt werde.

Woher die Mittel kommen sollen, das macht den Leuten von der Kolonialgesellschaft das wenigste Kopfzerbrechen.

Anschauungs-Unterricht für Reichstagsabgeordnete.

Um die Mitglieder des Reichstages über die Reblauskäpplinge und die Art ihrer Bekämpfung zu informieren, findet am kommenden Dienstag in einem Saal des Reichstagsgebäudes ein Demonstrationsvortrag statt. Geheimrat Prof. Dr. Behrens wird den durch Lichtbilder unterstützten Vortrag halten. — Vor einigen Tagen ist einer Anzahl Reichstagsabgeordneter auch das Modell eines Flugapparates durch einen militärischen Sachverständigen erläutert worden.

„Water Daller“ tot.

Der Führer der Zentrumsfraktion im bayerischen Landtag, Dr. von Daller, ist Freitag mittag im Alter von 76 Jahren in Freisingen gestorben. Er lag schon seit längerer Zeit an Arterienverkalkung krank. Daller begann seine parlamentarische Tätigkeit im Februar 1871 und gehörte seitdem ununterbrochen dem bayerischen Landtag an, in dem er als Führer der bayerischen Zentrumsfraktion eine hervorragende Rolle spielte.

Zur reichsständischen Verfassungsfrage.

Nach einer Mitteilung der „Völkischen Zeitung“ sind die Verhandlungen zwischen den verbündeten Regierungen über die Elsaß-Lothringische Verfassungsfrage abgeschlossen. Wie die „Straßburger Post“ meldet, ist nun beabsichtigt, zunächst mit den Parteien in Fühlung zu treten und mit ihnen zu beraten, wie sie sich zu den „äußersten“ Zugeständnissen des Bundesrats stellen werden. Die Reichstagskommission werde erst wieder zusammenberufen werden, wenn die Verhandlungen mit den Parteien ein annehmbares Ergebnis gezeitigt hätten.

Die „Kreuzzeitung“ gibt eine Korrespondenzmeldung wieder, nach der die Nachricht, Elsaß-Lothringen werde für wirtschaftliche Fragen drei Bundesratsstimmen zugestanden erhalten, „inhaltlich unzutreffend“ und von keiner zuständigen Stelle veranlaßt worden sei.

Bei der zweiten Etatslesung im Landesauschuß für Elsaß-Lothringen tadelte Abg. Blumenthal die Regierung wegen ungenügender Verteidigung des Landes im Reichstag gegen die Angriffe wegen der angeblichen politischen Untertänigkeit der Elsaß-Lothringer, die bei den Verfassungsdebatten erhoben worden seien. Staatssekretär Jörn v. Sulach erklärte im Verlauf der Verhandlungen, daß die Kaiserinmacht für Elsaß-Lothringen nützlich sei als ein lebenslangliches Statthalteramt. Es sei notwendig, daß die Kaiserinmacht für Elsaß-Lothringen erhalten bleibe. Der Staatssekretär sprach schließlich die Hoffnung aus, daß Elsaß-Lothringen die gewünschten Bundesratsstimmen erlangen werde.

Dänemark.

Island und Dänemark. Die Bewohner Islands trachten seit einiger Zeit ernstlich danach, das Verhältnis der Insel zu Dänemark gründlich umzugestalten. Ein Teil von ihnen verlangt volle Trennung, d. h. Unabhängigkeit Islands, während ein anderer, und zwar der größere Teil, Autonomie des Landes wünscht unter Personalunion mit Dänemark. Jetzt ist in Kopenhagen aus der isländischen Hauptstadt Reykjavik die Nachricht eingetroffen, der isländische Reichstag (Althing) habe dem Minister Björn Sonsson ein Mißtrauensvotum gegeben, das der Minister veranlaßt habe, beim König um seine Entlassung einzukommen, die dann auch unverzüglich bewilligt worden sei. Der Sturz des Ministers scheint dadurch hervorgerufen, daß die Mehrheit des Althings mit der unklaren Haltung des Ministers unzufrieden war. Die isländische „Los-von-Dänemark-Partei“ ist augenscheinlich übermächtig und denkt daran, einen neuen Vorstoß gegen die Verbindung mit Dänemark zu unternehmen. Die isländische Separatistenbewegung nahm einen ersten Charakter an, als es 1905 den norwegischen Separatisten gelungen war, zum Teil unter Beifall von dänischer Seite — die Union mit Schweden zu lösen.

Rußland.

Blutige Statistik. Das Bösen der Ordnungsbefehle in Rußland wird durch folgende Zahlen, die von der Wirklichkeit noch weit entfernt sind, illustriert: Im Jahre 1905 wurden mit und ohne Gerichtspruch hingerichtet: 900 Personen, 1906: 1605 Personen, 1907: 1139 Personen (1692 Todesurteile), 1908: 983 Personen (2131 Todesurteile), 1909: 717 Personen (1551 Todesurteile), Januar bis Oktober 1910: 150 Personen, oberinsgesamt mehr als 5500 Personen. Bei Zusammenstößen mit der Polizei und den Truppen wurden 1905 getötet 22630 und verwundet 33524 Personen. Außerdem forderten die Pogrome im Oktober 1905 ca. 8600 Tote und Verwundete. Im Jahre 1906 belief sich die Zahl der Opfer der Strafexpeditionen in den Ostseeprovinzen allein auf 1200. Vom 1. September 1905 bis 1. September 1906 fanden 638 Pogrome statt, bei denen die Polizei ihre Hände mit im Spiel hatte. Es wurden von den Pogromen betroffen 37075 Familien, bestehend aus 158101 Köpfen, von denen 937 Personen getötet und 1190 schwer verwundet wurden. Hierzu kommt noch der von den aufgehetzten Truppen organisierte Pogrom in Siedlee, bei welchem zirka 700 Personen getötet und verwundet wurden. Während derselben Periode wurden Hunderttausende von Personen in die Gefängnisse geworfen, Zehntausende in die Verbannung geschickt. Die Zahl der Gefangenen erreicht jetzt die Höhe von 225 000, von denen zirka 45 000 auf die Katorgangefangenen entfallen! Die Lage der Gefangenen wird grell illustriert durch die Zahl der Selbstmorde in den Gefängnissen, die sich allein im Jahre 1909 auf 112 belief.

Holland.

Böse Beispiele verderben gute Sitten. Dem Beispiel des „großen Nachbarn“ Deutschland folgend, will nun auch Holland den Tabak „bluten“ lassen. Bei der Zweiten Kammer ist jetzt eine Vorlage betreffs einer Verbrauchssteuer auf Tabak und Zigarren eingereicht worden. Die Steuer wird 10 Prozent des Verkaufswertes betragen. Ihr Erlös wird auf zwei Millionen Gulden veranschlagt. Das Gesetz soll ab 1. Januar 1912 Anwendung finden. Tabakverkäufe behufs direkten Handels nach dem Ausland werden nicht besteuert.

Asien.

Eine antijapanische Verschwörung in Korea. Nach Meldungen russischer Blätter soll in Korea eine neue umfassende Verschwörung entdeckt worden sein. Die an ihr beteiligten Koreaner sollen die völlige Zerstörung der großen von den Japanern erbauten Bahnlinie von Seoul nach Fusan beabsichtigt haben. Gleichzeitig sollte eine Art sizilianischer Vesper in Seoul abgehalten und alle Japaner ermordet werden. Es sollen Briefe aufgefunden worden sein, aus denen hervorgeht, daß 50 000 Koreaner ihre Bereitwilligkeit erklärten, an der Zerstörung der Bahn teilzunehmen.

Eine libertargardische Stilübung.

In der „Kreuzzeitung“ beschäftigt sich E. v. Jepselin mit einer Betrachtung der Kommune in Paris vor 40 Jahren, um der Gegenwart einen „Wekruf“ ins Ohr zu schreiben. Selbstverständlich wird auch nicht einmal der Versuch gemacht, der Geschichte der Pariser Kommune objektiv gerecht zu werden, sondern junkerliche Entrüstung töbt sich aus und brüllt von „Schandtat“, „gemeinsten Verbrechen“, „wahnwüthiger Zerstörungslust“, „Beweise, daß die junkerliche Geschichtsweisheit aus übelbustenden Quellen floß.“

Aber die Beschimpfung und Begeisterung der Kommune-Kämpfer ist dem Kreuzzeitungsjunker nicht die Hauptsache, sondern es kommt ihm darauf an, die Sozialdemokratie anzupöbeln, mit der ohnmächtigen Wut boshaften Hasses die Regierung gegen die sozialdemokratische Bewegung scharf zu machen, um zu Ausnahmegeretzen zu ermuntern.

Außerdem werden dem Liberalismus bitterliche Vorwürfe gemacht, daß er angeblich die Sozialdemokratie fördere. „Und jetzt sehen wir leider auch Geldmächte, an deren Herrschaft so viele Staaten der Welt zugrunde gingen, — am Werke, in selbstmörderischer Weise die Sozialdemokratie dadurch zu stärken, daß sie dem mit dieser verbündeten Teile des Liberalismus das Gold bieten, mit dem der mit den unantwerterlichen Mitteln gegen die staatserkaltenden konservativen Parteien gerichtete Kampf unterstützt wird!“ ruft der Reichsverbandsjunker aus der Tiefe seines bekümmerten Gemüts. Daran schließt sich die herzliche Bitte um ein kleines niedliches Ausnahmengesetz zur Vernichtung und Ausrottung des Umsturzes.

„Ist es da nicht hohe Zeit, sich zu besinnen für unser deutsches Volk, ob es der freudhaften Täuschung weiter Kreise über die Gefahr des Fortschreitens der Sozialdemokratie für unser Volk, für unser Vaterland nicht endlich

entgegentreten will, statt mit verschränkten Armen zuzuschauen, wie unser Vaterland dem Abgrunde entgegenflutert.“

Denn eine erschreckliche Gefahr droht dem Staat den Kultur und Freiheit: in Deutschland werde gelegentlich noch mehr geplündert und gemordet werden, „als es in dem unglücklichen Paris geschah! . . .“

„Darum ist es Pflicht der Regierung, Pflicht aller wahrhaften Volkfreunde, den Vergiftern der Seele unseres Volkes, den Schürern der Revolution beizutreten und mit Energie entgegenzutreten. Schwäche und das hiermit stets verbundene hohe Phrasentum haben schließlich viel Blut gekostet, wahre Energie, durch Gerechtigkeitssinn, Wahrheit und Offenheit unterstützt, wird in den seltensten Fällen, selbst dem Männern des Umsturzes gegenüber, zum Schwert greifen, aber Verhöhnungen der Autorität, Handlungen roher Gewalt, wie wir sie in den Straßenrevolten Berlins sahen, schon bei den „Spaziergängen der Revolution“ und dann in Moabit und am Wedding, sind nur mit Gewalt niederzuschlagen.“

Und dann kommt der erbauliche Schluß:

„Wer es treu und ehrlich mit seinem Volke meint, der trete denen nicht zur Seite, die die Volkseele vergiften, sondern unterstütze die Regierung unseres Kaiserlichen Herrn. Wer versagt, fördert bewußt oder unbewußt die Revolution und macht sich mitverantwortlich für die nicht zu vermeidenden Folgen, die uns die Kommune von Paris mit ihren Schreckenstagen vor Augen führt.“

Schade, daß solche „Kreuzzeitungs-“ und Reichsverbandsverrücktheiten die Donnerstags-Nummer der „Mit Gott für König und Vaterland“-Zeitung zieren. Am Faschingsdienstag wäre ihre Wirkung sicherlich noch heiterer und erbaulicher gewesen!

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Sonnabend, den 4. März.

Der Sozialdemokratische Verein hält am kommenden Dienstagabend seine Mitgliederversammlung im Gewerkschaftshaus ab. Auf der Tagesordnung steht neben einer statistischen Aufnahme über die Zusammenfassung der Teilnehmer an den Rühle-Vorträgen als Hauptberatungsgegenstand die diesjährige Malfeier. Ein möglichst vollständiges Erscheinen der Mitglieder ist notwendig.

Fürsorge für jugendliche Krüppel in Lübeck. Dem Bericht des hiesigen Vereins zur Fürsorge für jugendliche Krüppel, der sich auf den Zeitraum von 1908 bis 1910 erstreckt, ist zu entnehmen, daß die Gründung des Vereins auf die bedauerliche Tatsache zurückzuführen ist, daß bei der Krüppelzählung im Jahre 1906 im Staate Lübeck insgesamt 178 jugendliche Krüppel ermittelt wurden, die zum großen Teil der Fürsorge bedurften. Eine erneute genaue Aufnahme der Zahl der Krüppel ergab schließlich, daß nur noch 97 Fälle für den Verein zur weiteren Verfolgung übrig blieben. Diese 97 jugendliche Krüppel hat der Vorsitzende des Vereins aufgesucht, um an Ort und Stelle eine genaue Prüfung der Verhältnisse vornehmen zu können; allen 97 Eltern ist die Möglichkeit geboten worden, ihre Kinder durch einen Spezialisten kostenlos untersuchen zu lassen und zu erfahren, ob etwas bezw. was zu machen sei. Von den aufgesuchten 97 Eltern verzichteten 24 auf die angebotene spezialärztliche Untersuchung, weil eine ärztliche Behandlung bereits auf ihre eigene Verantwortung stattgefunden hatte, weitere 7, weil die Kinder zu der Zeit, als der Besuch erfolgte, bereits konfirmiert und in Stellung gekommen waren; in dem 32. Falle wurde die Übernahme der Kosten der gewerblichen Ausbildung erbeten und vom Vorstand in Aussicht gestellt. 16 Eltern nahmen den Schein für den Arzt an, stellten sich aber nicht zur spezialärztlichen Untersuchung. Nach Abzug dieser 48 Fälle blieben 49 nach, die untersucht und begutachtet sind. In 12 Fällen lautete das Gutachten dahin, daß überhaupt oder aus dem Grunde nichts zu machen sei, weil es zu spät war (vorwiegend ganz schwere Skoliose). In 14 Fällen wurde eine spezialärztliche Behandlung empfohlen, die erforderliche Einwilligung hierzu aber von den Angehörigen nicht erteilt. In den verbleibenden 23 Fällen endlich trat die Fürsorge des Vereins ein. Von diesen 23 jugendlichen Krüppeln sind 16 im Allgemeinen Krankenhaus oder im Kinderhospital operiert (davon 9 auch mit Stützapparaten versehen); 6 sind orthopädisch behandelt, 1 ist einem Nervenarzt überwiesen. Der Erfolg ist durchgehend als gut bis zufriedenstellend zu bezeichnen. Allerdings ist das Fehlen einer Einrichtung zur Vornahme einer Nachbehandlung — nach der Entlassung der Kinder aus dem Krankenhaus, in dem sie teils wegen Mangel, teils wegen der Kosten nur eine bestimmte Zeit bleiben können — behufs Sicherung des Erfolges in verschiedenen Fällen schmerzlich vermißt. Die Tätigkeit des Vereins beschränkte sich aber nicht nur auf diese durch das Verzeichnis bekannten Fälle. Man rief den Verein auch noch meistens auf Veranlassung des Arztes oder des Lehrers an. Alle diese Kinder sind spezialärztlich untersucht worden; in einigen Fällen ist nichts weiter geschehen, entweder weil nichts zu machen war oder weil die Eltern ihre Zustimmung verweigerten. 6 Kinder sind im Krankenhaus operiert, 6 orthopädisch behandelt worden. Für die Kinder wurden die angeordneten notwendigen Apparate angeschafft etc. In einem Falle hat der Verein einen Teil der Kosten des Pflegegeldes in der hiesigen Städtischen Anstalt bezahlt. Im Frühjahr 1910 wurden zwei orthopädische Turnkurse mit je 20 Teilnehmerinnen für Mädchen und im Herbst 1910 einer für Knaben ins Leben gerufen. An ordentlichen Einnahmen stehen dem Verein, nachdem verschiedene Freunde der Krüppelfürsorge größere Summen und einmalige Beiträge als Kapital zugewandt haben, aus eigenem 510 Mk. an Mitgliederbeiträgen reichlich 400 Mk., von der Gemeinnützigen Gesellschaft 500 Mk., zusammen 1410 Mk., zur Verfügung. Dazu kamen an außerordentlichen Einnahmen, Sühnegeldern usw., mehrer hundert Mark hinzu, so daß mit einer jährlichen Einnahme von 1500 Mk. gerechnet werden kann. Ausgegeben sind für orthopädisch-chirurgische Behandlung jugendlicher Krüppel im Allgemeinen Krankenhaus 2477 Mk., im Kinderhospital 624 Mark, für orthopädische Behandlung 418 Mk., für Apparate 143 Mk., für verschiedenes 165 Mk. und für die Anschaffung der notwendigsten Geräte für die orthopädischen Turnkurse bisher 283 Mk., zusammen über 4100 Mk. Die künftige Tätigkeit wird sich noch auf 30 neue Fälle zu erstrecken haben. Mit der vorbeugenden Maßregel der Spezialturnkurse wird in der bisherigen Weise fortgeföhren werden. Notwendig wird auch sein, eine kleine Station zur Nachbehandlung — in Anlehnung an ein bestehendes Institut — zu schaffen. Der Verein hofft, daß Menschenfreunde durch Zuwendung von Mitteln es ihm ermöglichen, das gesteckte Ziel baldigst zu erreichen.

Arbeitersekretariat. Die Zahl der Besuche belief sich im Monat Februar auf 1146 (1138), die der Besucher auf 1235 (1269). — Die eingeklammernten Zahlen sind die des vor-

vergangenen Monats. — Davon kamen in derselben Sache wiederholt 220 Personen. Mithin sind im Monat Febr. 1911 neue Fälle bearbeitet worden. Auskünfte wurden erteilt 1243 (1270), darunter nach auswärts schriftlich 36 (47). Von den Besuchern waren organisiert 670 (669) Personen, und zwar gewerkschaftlich 413, politisch 25, gewerkschaftlich und politisch 232. Unter den verbleibenden 565 Nichtorganisierten befanden sich 168 Angehörige von Organisierten und 28 Organisations-unfähige. Dem Geschlecht nach waren von den Besuchern 848 (888) männlich, 366 (373) weiblich. Den Hauptgruppen nach verteilten sich die Besucher wie folgt: Arbeitnehmer und deren Angehörige 1070 (1114); selbständige Gewerbetreibende, Beamte etc. und deren Angehörige 144 (142); Vereine, Organisationen und Behörden 21 (13). In Lübeck-Stadt hatten von den Besuchern 998 (1003) Personen ihren Wohnsitz, in Lübeck-Land 92 (108), Oldenburg 88 (90), Mecklenburg 24 (34), Preußen 30 (32), und sonstwo 3 (2). Die Auskünfte verteilten sich wie folgt: Arbeiterver-sicherung (Unfall-, Invaliden- und Krankenversicherung) 255 (260), Arbeits- und Dienstvertrag 224 (246), bürgerliches Recht 478 (499), Strafrecht 71 (85), Gemeinde- und staatsbürgerliche Sachen 162 (187), Arbeiterbewegung 24 (15), Privatverträge 13 (10), Handels- und Gewerbesachen 7 (12), Verschiedenes 9 (6). Von den Auskünften machten 340 (378) die Anfertigung von 889 (409) Schriftstücken erforder-lich; außerdem gingen aus 35 (68) sonstige Briefe, Post-karten. Ein gingen 163 (171) Postsendungen. Der 6. Febr. zeigte mit 75 (80) die höchste, der 18. Febr. mit 31 (33) die niedrigste Besucherzahl.

Die Verstrankenkasse in Lübeck hatte am 1. März 1911 21 258 Mitglieder gegen 18 581 im Jahre 1910. Auf Männer entfielen davon 14 588 (1910 12 791), auf Frauen 6720 (1910: 5790). Erwerbsunfähigkeitskranken waren am letzten Febr. 1911: Männer 486 (1910: 410) und Frauen 299 (1910: 264). Ausweisscheine für Familienangehörige zur Zuspracheärztlicher Behandlung wurden im Febr. 1678 (1910: 1508) erteilt. Sterbegeld wurde im Febr. für Mit-glieder in 15 Fällen, für Angehörige in 82 Fällen gezahlt. Übertretungen erwerbsunfähiger Mitglieder gegen die sahrungsmäßigen Verhaltensvorschriften waren in 16 Fällen mit Strafe zu belegen. Wegen verspäteter Meldung zur freiwilligen Fortsetzung der Mitgliedschaft im Anschluss an die beendete versicherungspflichtige Beschäftigung haben im Februar 7 Abwehlungen erfolgen müssen. Die freiwillige-n in Klassenbeiträge müssen Mittwoch und Donnerstags t und nicht in den Vormittagstunden entrichtet werden.

Nisiko der Arbeit. Gestern morgen gegen 11 Uhr stürzte auf einem neu erbauten Schiffe 206 auf der Rochfischen Schiffswerft der Bohrer Karl Ripf in den Raum. Er trug eine schwere Kopfverletzung, Rückenverletzung und sonstige innere Verletzungen davon. Man schaffte ihn zunächst in seine Wohnung. Der Unfall hätte jedenfalls nicht die schweren Folgen gezeitigt, wenn genügende Schutzvorrichtungen vorhanden gewesen wären.

Hausaplatz. Durch Senatsbeschluss vom 25. vor. Mts. ist unter Abänderung des Senatsbeschlusses vom 22. Juni 1910 dem zwischen der Sächsischen Straße und dem Hansa-ring belegene Platz der Name Hausaplatz beigelegt worden.

Handelsregister. Am 3. März 1911 ist eingetragen: 1. die Firma Lübeck Kaffe- und Teehaus Fried- rich Waernecke, Lübeck. Inhaber: P. F. W. Waernecke, Kaufmann in Lübeck; 2. bei der offenen Handelsgesellschaft in Firma Alfred Koch u. Co. in Lübeck: Die einstweilige Verfügung der Kammer für Handelsachen des Landgerichts in Lübeck vom 13. Januar 1911 ist gegenstandslos geworden. Die Gesellschaft ist aufgelöst. Der Kaufmann H. Ch. C. Koch in Lübeck ist alleiniger Inhaber der Firma; 3. bei der Kommanditgesellschaft in Firma: G. E. A. A. S. in Kiel, Zweigniederlassung in Lübeck. Die Liquidation ist durchge-führt. Die Firma ist erloschen; 4. bei der Firma P. Hoff-mann u. Schütze in Lübeck: Die Firma ist erloschen.

Sanztheater. Man schreibt uns: Für den diesmaligen für nur eine Woche verpflichteten Varietepielplan ist als Hauptattraktion „Die Macht der Musik“ gewonnen. Die beiden Wunderkinder Herta Althoff (8 Jahre) und Götz Althoff (5 Jahre) bringen im Verein mit ihrem Vater Alfons Althoff eine musikalische Szene, worin sich die Kleinen als Virtuosen am Flügel und Harmonium zeigen, unterstützt von ihrem Vater, der ein Meister des Geigenspiels ist. Die ganze Szene wird in einer Pantomime dargestellt. Am die Walme des Abends dürften sich ferner die besten Rec-Gym-nastiker der Welt Bert de Brun-Trio, die ausgezeichneten Szentricques-Tänzer Bachus u. Meallen, das Kunstgeangs-duett aus der Wiedermeterzeit Dr. Erwin u. Sophie Hemmer und die übrigen Künstler streiten. Gleichzeitig weisen wir darauf hin, daß die noch ausstehenden Vorzugskarten, die wochentags eine wesentliche Preisermäßigung haben, mit Ab-lauf dieses Spielplans ihre Gültigkeit verlieren.

Im Kaiser-Panorama wird in dieser Woche vielen Wünschen entsprechend ein Besuch Gothas und des Thüringer Waldes ausgestellt. Diese herrlichen photo-graphischen Urkunden zeigen alle Sehenswürdigkeiten in wunderbarer Naturwahrheit. Zu den Sehenswürdigkeiten der Stadt Gotha gehören die Gebäude der weltberühmten durch den Kaufmann Arnoldi begründeten Banken, Feuer-versicherungs- und Lebensversicherungsbank, die neben den stattlichen Gebäuden der Hauptpost, der Loge und schönen Privatbauten den Zugang nach der Stadt zieren. Nachdem wir Gotha besichtigt, geht es nach Friedrichsroda, Tal-Reinhardtbrunn, Tabarz, Finsterbergen, Hainfelden und zum Rainagrund. Wir können eine Besichtigung dieser wunder-schönen Serie angelegentlichst empfehlen.

Neues Stadt-Theater. Man schreibt uns: Morgen, Sonntag nachmittags 3 Uhr kommt bei kleinen Preisen die erfolgreiche Operette „Die geschiedene Frau“ von Leo Fall zur Wiederholung. — Abends 7 1/2 Uhr findet bei gewöhnlichen Opernpreisen das letzte Gaudespiel der Sopern-sängerin Lily Perking als „Mignon“ in der gleich-namigen Oper von A. Thomas statt. — Am Montag ge-langt bei kleinen Preisen Meyer-Försters Schauspiel „Alt-Heidelberg“ zur nochmaligen Aufführung. — Am Dien-stag findet die Aufführung des neuen Schauspiels „Mo-delle“ von Johannes Tralow statt. Das Werk ist bereits im Manuskript vom Thalia-Theater in Hamburg, sowie von verschiedenen Hof- und Stadttheatern zur Aufführung ange-nommen worden.

Stadthallen-Theater. Man schreibt uns: Morgen, Sonntag, abends 8 Uhr, geht das erfolgreiche Lustspiel „Der König“ von Caillavet und de Fiers in derselben Besetzung wie im Neuen Stadttheater in Szene.

e. Stockeldorf. Feuer. Das Haus des Rätters Kamm in Gr. Steinrade wurde Donnerstag nachmittags ein Raub der Flammen. Es war mit weicher Bedachung ver-sehen und von 2 Familien bewohnt. Seit einigen Wochen ist es das dritte alte Wohnhaus in Groß-Steinrade, welches am Tage in Flammen aufging.

Ratzen. Achtung, Parteigenossen! Die Ver-sammlung des Sozialdemokratischen Vereins findet am Sonn-tag, dem 5. März, nachmittags 4 Uhr, im Lokale der Wwe.

Kopp statt. Da die Tagesordnung eine wichtige ist, ist das Erscheinen aller Genossen notwendig.

Süssel. Achtung, Parteigenossen! Am Sonn-tag, dem 5. März, nachmittags 4 Uhr findet die regelmäßige Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Ortsvereins von Süssel und Umgegend im Hause des Genossen Wulff in Süssel statt. Da die Tagesordnung eine wichtige ist, unter anderem auch die Lokalfrage auf der Tagesordnung steht, ist das Erscheinen der Mitglieder notwendig.

* Groß-Parin. Eine sehr gut besuchte Par-tei-Versammlung fand Donnerstag bei Dettmann statt. Ausgenommen wurden fünf Genossen. Für den „Ab-Volksboten“ wurden ab 1. April 11 neue Abonnenten ge-nommen. Der Genosse Reichert wurde als Kolporteur, die Genossen Frick Peterßen und B. Wient als Bezirksleiter ge-wählt. Einige interne Angelegenheiten bildeten den Schluß der Versammlung. Von Reichertfeld waren eine ganze Anzahl Genossinnen und Genossen anwesend. Nun, da ein fester Zusammenschluß gegeben ist, werden die Groß-Pariner Arbeiter und Arbeiterinnen wohl kräftig an dem Ausbau der Organisation arbeiten und an der Verbreitung des „Volksboten“ teilnehmen, da ein Grund, daß die Zeitung, durch die Post bezogen, einen Tag später kommt, ja nun be-seitigt ist.

Langenhorn bei Hamburg. Ein Großfeuer ent-stand Donnerstag abend gegen 7 Uhr in dem Gebäude des Landmanns Löhns. In kurzer Zeit war das strohbedeckte Bauernhaus trotz rechtzeitigen Eingreifens verschiedener Feuer-wehren bis auf die Grundmauern eingestürzt. Ein massiver Anbau wurde stark beschädigt. Das lebende Inventar konnte gerettet werden. Die Erntevorräte und die Möbel sind voll-ständig verbrannt.

Bremen. Differenzen im Bremer Tischler-gewerbe. Nach der Bremer „Morgenzeitung“ ist Don-nerstag morgen in einer Anzahl von Betrieben des Tischler-gewerbes in Bremen die Arbeit eingestellt worden. Der Vertrag, welcher am 15. Februar zum Ablauf gelangte, wurde seinerzeit bis zum 1. März verlängert, damit in diesem Zeitraum die Verhandlungen zum Abschluß gebracht werden könnten. Die in der letzten Woche in Berlin statt-gefundenen zentralen Verhandlungen haben bis heute ein befriedigendes Resultat nicht gezeitigt, so daß die Mehrzahl der beschäftigten Arbeiter im Laufe des Donnerstags die Betriebe verlassen haben, weil sie eine abschließliche Ver-schleppung der Verhandlungen seitens der Arbeitgeber be-fürchten.

Oldenburger Landtag.

h. In der 12. Plenarsitzung wurden wieder 24 Punkte erledigt, von welchen die nachfolgenden für unsere Leser Interesse haben: Einstimmig angenommen wurde ein Gesetz für das Großherzogtum herr. den Denkmalschutz, wo-nach Bauwerke etc. deren Erhaltung wegen ihrer kunstgeschicht-lichen oder sonst geschichtlichen Bedeutung im öffentlichen Interesse liegt, erhalten werden sollen. — Erneut beschäftigt den Landtag die Regierungsvorlage betr. Vereinigung der drei Gemeinden des Amtes Rüstringen zu einer Stadt Rüstringen. Diese Vorlage wurde vom letzten Landtag abgelehnt, wesentlich aus politischen Gründen, obwohl die wirtschaftlichen Gründe die Vereinigung der Ge-meinden geradezu zwingend fordern. Die Mehrheit des Landtags fürchtete damals, daß mit der Bildung einer so großen Gemeinde die Sozialdemokratie ein Übergewicht über die ländliche Bevölkerung er-halten könnte. Das Gesetz fiel, weil die Mehr-heit eine Vereinigung zu einer Stadt erster Klasse forderte, welche jedoch die Regierung glaubte nicht zugehen zu können und auf Errichtung einer Stadt zweiter Klasse be-stand. Die Sozialdemokraten verantraten nicht, daß die Bil-dung einer Stadt erster Klasse einer solchen zweiter Klasse vorzuziehen sei, hielten aber die Vereinigung für so bring-lich, daß der Streit ob erste oder zweite Klasse zurückzutreten hat gegenüber der wirtschaftlichen Notwendigkeit einer Ver-einigung überhaupt. Für den Antrag auf Errichtung einer Stadt erster Klasse stimmten damals alle reaktionären Ele-mente, um die Vereinigung zu Fall zu bringen. Jetzt hat sich eine Mehrheit für die Stadtbildung zweiter Klasse ge-funden; die Vorlage wurde mit Zustimmung der Sozial-demokraten angenommen; gegen das Gesetz stimmten die Bündler, ein Teil derselben enthielt sich der Abstimmung. — Das Schulgesetz für das Fürstentum Birkenfeld wurde angenommen; es gelang der Minderheit nicht, die Trennung der Kirche von der Schule, die Streichung des Religionsunterrichts im Lehrplan etc. durchzuführen. Das Gesetz lehnt sich dem schon beschlossenen Gesetz für das Herzogtum und dem in erster Lesung erledigten Gesetz für das Fürstentum Lübeck an. Bemerkenswert ist, daß der freisinnige Abgeordnete Ahlhorn (der auch Reichstagsabgeordneter ist) da-für eintrat, daß statt bei einer Minderheit von 25 Kindern einer Konfession in einer Gemeinde, schon bei 20 Kindern eine Schule der betreffenden Minderheitskonfession errichtet werden soll und begründet diese rück-ständige Anschauung damit, daß die Kinder zu große Wege zur Schule haben, die verkürzt werden müssen. Be-zeichnenderweise wird solche Anschauung von einem freisin-nigen Abgeordneten vertreten, der zugleich Lehrer ist! Dabel handelt es sich im Fürstentum Birkenfeld nur um geschlos-sene Orte, wo nennenswert weite Wege zur Schule gar nicht in Frage kommen. Das Zentrum nahm die Anregung Ahl-horns sofort auf und kündigte zur zweiten Lesung einen An-trag an, schon bei 20 Kindern einer anderen Konfession eine Minderheitskonfessionsschule zu errichten. So zeigte sich dieser Freisinnige, wie schon so oft, wieder einmal als Pfad-finder für die Reaktion, was von sozialdemokratischer Seite gebührend festgenagelt wurde. — Zum Gesetzentwurf über den Anschlag der Ärzte der Fürstentümer an die Ärztekammern der Nachbar-staaten wurde von sozialdemokratischer Seite ein Antrag auf Ablehnung des Gesetzes gestellt; der Antrag wird mit 17 gegen 19 Stimmen abgelehnt und das Gesetz in zweiter Lesung alsdann angenommen. Bezeich-nenderweise kniffen einige der liberalen Abgeordneten bei der Abstimmung. — Eine umfangreiche Debatte entspann sich über die Frage, ob Lehrer zum Gemeinderat wählbar sind. Das neue Schulgesetz läßt in dieser Frage eine Lücke; durch Urteil des Ober-Verwaltungsgerichts ist den Lehrern auf Grund der Gemeindeordnung für das Herzogtum die Wähl-barkeit abgesprochen, weil Gemeindebeamte nicht wählbar sind. Der Antrag, den Lehrern die Wählbarkeit zu geben, und die Regierung zur Vorlegung eines entsprechenden Ge-setzes zu eruchen, wird bei namentlicher Abstimmung mit 19 gegen 18 Stimmen und einer Stimmenthaltung angenommen. Für den Antrag stimmten auch unsere Genossen. — Für Er-weiterungsbauten am Amtsgericht Schwartau werden nach-bewilligt 8500 Mk., die Bauumme für das Regierungs-gebäude in Gütin wird um 15 000 Mk. erhöht, bei dem an-sich gut gelungenen Bau war die Beleuchtung vergessen.

Neues Stadttheater. Die Walküre. Musikdrama in drei Aufzügen von Rich. Wagner. Erster Tag der Tetralogie „Der Ring des Nibelungen“. Das die „Walküre“ von Wagner „Ring“-Dramen am populärsten ist, bewies gestern wieder das fast bis auf den letzten Platz ausverkaufte Haus, welches mit unvermindertem Interesse dem sehr aus-gedehnten Werke folgte und nach jedem Akt, besonders aber am Schluß der Vorstellung, andauernd und lebhaft applau-dierte. Dabei ist nicht zu verkennen, daß die „Walküre“ trotz ihrer unbestrittenen musikalischen Schönheit, trotz des grandiosen in leuchtender Pracht erscheinenden Abschließes Wolans von Brünnhild auch öde Strecken und ermüdende Längen aufweist. Die gestrige gute Wiedergabe des Musik-dramas ließ diese Längen weniger sichtbar werden. Von den Mitwirkenden stand Langefeld als Wotan an erster Stelle. Der Künstler verlich dem schwachen Gott nach Möglichkeit Würde und Dohel. Auch in gefanglicher Beziehung wurde der gestern stimmlich besonders gut disponierte Sängler seiner Aufgabe ausge-zeichnet gerecht. In der großen Abschließszene des letzten Aufzuges strömte das Organ berückenden Wohlklang aus. Fr. Formes sang erstmalig die Brünnhild. Ihr fehlte es noch manchmal an der nötigen Verinnerlichung dieser Partie, die im übrigen von der jungen Künstlerin mit Intelligenz und richtigem Ausdruck wiedergegeben wurde. Für den Sieg-mund setzte Herr Wiktori seinen schönen Tenor ein; in darstellerischer Beziehung ließ er manche Wünsche uner-füllt. Von Frau Bartich wurde die Sieglinde tonischön und poetisch verkörpert. Die Fricke der Frau Krieger war eine achtunggebietende Leistung, die umsomehr Aner-kenning verdient, als die Dame lebend war. Herr Wol-mer gab den finstern Hundung mit der nötigen Wucht. Die wirkungsvolle Inszenierung hatte Herr Oberregisseur F. S. a. u. besorgt. Unter der umsichtigen Leitung des Herrn Kapellmeisters Weiffer zeigte unser bewährtes Orchester wieder, daß es den ausgezeichneten künstlerischen Ruf, den es hat, auch verdient. P. L.

Spielplan der Vereinigten Stadttheater, Lübeck.

Vom 5. bis 12. März 1911. Neues Stadt-Theater. Sonntag, den 5. März, nachm.: „Die geschiedene Frau.“ — Abends: „Mignon.“ — Montag, den 6. März: „Alt-Heidelberg.“ — Dienstag, den 7. März: „Modelle.“ — Mitt-woch, den 8. März: „Die Förster-Christi.“ — Don-nerstag, den 9. März: Gaudepiel Alois Bennarint. „Sieg-fried.“ — Freitag, den 10. März: „Far und Zim-mermann.“ — Samstag, den 11. März: „Ballet-Diver-tissement.“ — Sonntag, den 12. März, nachm.: „Die geschiedene Frau.“ — Abends: Gaudepiel der Kgl. Kammer-sängerin Eva von der Osten: „Carmen.“ Große Oper von G. Bizet. Stadthallen-Theater. Sonntag, den 5. März: „Der König (Le Roi).“ — Donnerstag, den 9. März: „Fa-fernluft.“ — Sonntag, den 12. März: „Hei-mat.“ In Vorbereitung: „Die goldene Ritter-zeit.“ Burleske von Ch. Marlowe.

Soziales.

Russische oder chinesische Kulis als Landarbeiter? Der Schrei des holsteinischen Junkers R a n h a u nach chine-sischen Kulis als Landarbeiter entspringt dem allgemeinen Verlangen unserer Ostelbier nach billigen Arbeitskräften. Wohl haben sich die Agrarier mit staatlicher Hilfe in der Deutschen Feldarbeiterzentrale eine Einrichtung geschaffen, die russische und österreichische Feldarbeiter (und Industrie-arbeiter) jährlich zu Hunderttausenden über die deutsche Grenze hereinbringt. Im Jahresbericht für 1910 verzeichnet die Feldarbeiterzentrale folgende Zahlen für die vom 1. Januar bis 30. September 1910 legitimierten ausländi-schen Arbeiter: 363 988 für die Landwirtschaft und 242 232 für die Industrie. Die Vermittlung und Entlohnung der Russen und Galizier kommt aber den Landwirten meist teurer, als das Halten deutscher Landarbeiter. Die Ge-bühren für Vermittlung landwirtschaftlichen Gesindes sind bis zum 1. Mai bei Familien pro Person 5 Mk., vom 1. Mai bis 24. Okt. 9 Mk., für Dienstknichte 8 Mk. resp. 9.— Mk., für Dienstmädchen 12.— Mk., außerdem Fahrt- und Verpflegungskosten von der Grenze ab. Die Legiti-mierungsgebühr beträgt pro Person 2.— Mk., die Porto-kosten 1.— Mk. bis 4.— Mk. je nach der Zahl der Ver-mittelten. Dazu kommt ein Einschreibegeld von 1.— Mk. pro Person. — Für Wanderarbeiter aus Rußland und Österreich-Ungarn beträgt die Vermittlungsgebühr 8.— Mk. bis 5.— Mk., die sich um 2.— Mk. pro Person bei größeren Aufträgen erhöht. Ein- und Rückreise ab Grenze muß be-zahlt werden. Den russisch-polnischen Wanderarbeitern muß ein Tagelohn von 1,40 Mk. bis 1,70 Mk. für Männer und 1,20 Mk. für Frauen bezahlt werden. Während der Ernte erhöht sich der Lohn um 40 bis 50 Pfg. pro Tag. Dazu kommt an Futtergeld für Fütterer pro Tag 20 Pfg., Sonn-tag 50 Pfg.; an Naturalien pro Person und Woche 25 Pfund Kartoffeln, 7 Liter Magermilch (täglich 1 Liter) oder 3 1/2 Liter Vollmilch und 1 Pfund Mehl. Akkordlöhne sind in die schriftlichen Verträge einzutragen. Ohne reichliche Akkordlöhne sind Russen aus den westlichen Gegenden schwer zu bekommen. Vordarbeiter erhalten 2 bis 2,75 Mk. Arbeiter aus den russischen Grenzgebieten, östlich von Thorn, erhalten bis 1. Juli 1 Mk., von da bis zur Rogenernte 1,20 Mk., wäh-rend fünf Erntewochen 1,50 Mk., hernach 1,10 Mk., Frauen bekommen 0,80 bis 1,20 Mk. An Naturalien muß gewährt werden pro Person und Woche: 10 Pfd. Brot für Männer, 8 Pfd. Brot für Frauen, Mädchen und Waisen, 1 bis 2 Pfund Speck, 1 bis 4 Pfd. Salz, 2 Pfd. Roggenmehl, 1 Pfd. Reis, 1 bis 2 Pfd. Grütze, 25 Pfd. Kartoffeln, 1 Pfd. Fleisch, 1/2 Pfd. Schmalz, 5 Heringe, Essig, Pfeffer und Zwiebeln nach Bedarf oder 10 Pfd., täglich 1/2 Liter Mager, 1/2 Liter frische Milch. Nach Wahl des Arbeitgebers kann an Stelle der Naturalien freie Verköstigung treten. Ähnlich sind die Löhne der Galizier und Ungarn. Die Ungarn verlangen je-doch mehr und bessere Naturalien. Die deutschsprechenden Aufseher der einzelnen Trupps arbeiten nicht mit, sie be-ziehen einen um etwa 30 Proz. höheren Tagelohn und das gleiche Deputat, wie die übrigen Arbeiter. Lohn und Deputat dieser ausländischen Arbeiter übertrifft die Entlohnung der meisten Landarbeiter in Ostelbien. Rechnet man hierzu die Vermittlungsgebühren und nicht unbeträchtlichen Reise-kosten, dann versteht man die Schnuckst ostelbischer Junker nach chinesischen Kulis.

Briefkasten.

Ein Augenzeuge. Wir bitten um gefl. Angabe Ihrer Personalien resp. um Ihren Besuch am Montag zwischen 9 und 1 Uhr. Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. bezeichneten Artikel: Paul Löwig, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling, Verleger: E. H. Schmarz. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

**Curauer
Tafelbrot**

unübertroffen
in der Zubereitung.

Ammalin

Schuhputz Metallputz

Vertreter: Otto G. Stahmer, Hamburg 6.

Curauer
Orig.-
Bauernbrot
unerreicht
im Geschmack.



Zur
Konfirmation

empfehle als
ganz besonders preiswert.

Telephon 684.

Für Mädchen:

Chrom-Chevr.-Schnürstiefel eleg. 5⁹⁰
Chrom-Chevr.-Schnürstiefel mit Lackk. 6⁹⁰
Boxkalf-Schnürstiefel dauerhaft 7⁵⁰
Boxkalf-Schnürstiefel amerikanische Absätze 8⁰⁰
Echt Chevr.-Schnürstiefel mit Lackk. 9⁰⁰
Echt Chevr.-Schnürstiefel Lack-Derby 10⁰⁰

Für Knaben:

Wichsleder-Schnürstiefel 4⁹⁰
Roßleder-Schnürstiefel dauerhaft . 6⁹⁰
Mastbox-Schnürstiefel haltbar . . 7⁹⁰
Boxkalf-Schnürstiefel elegant . . 8⁹⁰
Boxkalf-Schnürstiefel m. Lackkappe 9⁵⁰
Chevr.-Schnürstiefel m. Lackkappe 10⁰⁰

Spezial-Schuhwaren-Verkaufshaus

J. W. Meyer, 95 Breitestr. 95.

Aufruf

der Waldschulkommission.

Die unterzeichnete Kommission, deren Tätigkeit in den drei Jahren ihrer Wirksamkeit so viele liebevolle Unterstützungen in Gestalt von jährlichen Zuwendungen und Stiftungen fand, die aus allen Kreisen unserer Stadt kamen, wendet sich auch in diesem Jahre vertrauensvoll an die Einwohnerschaft mit der herzlichen Bitte um tatkräftige finanzielle Unterstützung.

Die ärztlichen Berichte der Vorjahre zeigen in eingehender Weise, wie wohltuend der Aufenthalt in der Waldluft auf die schwächlichen Kinder gewirkt hat; darum liegt allen Volksfreunden die Pflicht ob, auch für dieses Jahr die Waldschule so reichlich zu unterstützen, daß es möglich ist, eine große Zahl von erholungsbedürftigen Kindern hinauszuschicken nach Wesloe.

Bis jetzt sind folgende Voraussetzungen erfüllt: Bereitstellung von Lehrkräften durch die Ober Schulbehörde, wirtschaftlicher Anschluß an die Kindererholungsstätte vom Roten Kreuz in Wesloe, geeignete Unterkunftsräume, ermäßigte Eisenbahnfahrtskosten.

Eine größere Sorge verursacht wiederum die Deckung der laufenden Betriebskosten. Darum unsere nochmalige herzliche Bitte um einmalige oder jährliche Unterstützungen für die Waldschule. Jede Gabe wird gern angenommen.

Wer 90 Mk. gibt, erlangt das Recht, ein schwächliches Kind während des ganzen Sommers in die Waldschule zu senden. Nur die Eisenbahnfahrtskosten hätten die Eltern in diesem Falle zu tragen.

Sofern der Zustand eines Kindes die Beteiligung am Unterricht nicht zuläßt, wird es in der unmittelbar angrenzenden Kindererholungsstätte des Roten Kreuzes gute Unterkunft finden.

Die Anmeldungen zur Waldschule sind bei dem Waldschulrat, Herrn Dr. med. F. Meyer, Johannisstraße Nr. 12 in den Sprechstunden nachm. von 4-5 Uhr in der Zeit vom 1. bis 18. März einzureichen.

Die Waldschulkommission.

Schulrat Professor Dr. Wychgram, Vorsitzender.

Dr. med. J. Meyer, Waldschulrat, Lehrer Hans Satow, Schriftführer, Kaufmann H. G. B. Radbruch, Kassensführer.

Bielefeldt, Geheimrat Regierungsrat, W. Dahms, Buchdruckereibesitzer, Lehrer K. Groth, Frau. Gustävel, Hauptlehrer Henschen, Professor Dr. Otto Hoffmann, Frä. Koltze, Inspektor Oberländer, Dr. med. Ott, Dr. med. Pauli, Frau. Martha Bösing, Frau Senator Strack, Frau. Walz.

Willy Koch

= Zahntechniker =

Lübeck, Holstenstrasse 21.

Auf Kredit

Möbel: Vom einfachsten bis elegantesten Genre. Einzelne Stücke und komplette Einrichtungen.
Spezialität: **Braut-Ausstattungen.**

Herren-Konfektion: Anzüge, Paletots, Joppen, Hosen, Gehrockanzüge etc. in jeder Größe und Preislage.

Damen-Garderoben: Jacken-Kleider, Kostüme, Kostümröcke, Blusen, Mäntel, Kimonos, Jackets in bisher nie dagewesener Auswahl.

Kinder-Konfektion u. Manufakturwaren, Kleinmöbel, Polsterwaren, Spiegel etc.

Kleine Anzahlung — Bequeme Abzahlung.

Prinzipien der neuen Geschäftsführung.
Reell, kulant und billig.

Lieferung in Stadt Lübeck frei ins Haus.

S. Sachs

Schmiedestr. 2.

Schmiedestr. 2.

Täglich
in allen Verkaufsstellen:
frisches

Kraft-Dauer-Brot
C. Siemers, Struckmühle.
Fernsprecher 1110.

Spezialität:

**Curauer
Mandelpuffer**

Zu haben in den
bekanntesten Niederlagen.



St. Jürgen-Fahrräder

von 51.— Mk.

Spezial-Räder

von 47.50 Mk.

G. H. J. Graucob,

Bücherstraße 23, I.

Samenhandlung Schelm & Wege

Lübeck, Mengstraße 10.

Beste Bezugsquelle. Hauptkatalog gratis u. franko.

Unser Katalogauszug erscheint demnächst in dieser Zeitung.

Als Bezugsquelle feinsten
Salzheringe, Fischtonjerven, Salzgurten, Käse etc.
empfiehlt sich die Firma
H. L. Wiegels (vorm. I. C. Bunge) G. m. b. H., Fischergarbe 61.

**Carl Folkers
Möbelmagazin**

25 Marlesgrube 25.

Vollst. Wohnungseinrichtungen.
Selbstgefertigte Arbeiten.

Größte Auswahl.

Billigste Preise.

Weitgehendste Garantie.

Zimmereinricht. stets vorrätig.

Lieferung frei Haus

auf eigenem Möbelwagen.

: Teilzahlung gestattet :

Bei Barzahlung Rabatt.

Gebe rote Lubecca - Rabattmarken.



Das echte
Hansa-
Puddingpulver

liefert nicht nur eine köstliche und höchst nahrhafte Nachspeise, man erhält auch obendrein noch für 50 ausgeschnittene Hansa-Bons i große Dose ff. Kakes gratis.

**Beerdigungs - Institut
„Pietät“**

H. GRIMM, Wickedestr. 49.

Fernsprecher 1424.

Übernahme ganzer Beerdigungen
Überführung m. eig. Tranportwagen
Gr. Lager v. Särgen u. Einkl. jed. Art.

**Curauer
Korinthenbrot**

in vorzüglicher
Qualität.

Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten“

Berlin, den 3. März 1911.

140. Sitzung, Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsische: von Heeringen.

Zweite Beratung des Militäretats.

(Siebenter Tag.)

Die Beratung der Kapitel „Artillerie und Waffenwesen“ und „technische Institute“ nebst den dazu gestellten Resolutionen wird fortgesetzt.

Behrens (W. Va.): Die uneingeschränkte Koalitionsfreiheit der staatlichen Arbeiter können wir nicht verlangen. Sie könnte, wie das Beispiel Frankreichs zeigt, für den Staat und das gesamte Wirtschaftsleben recht gefährlich werden; staatsfeindliche Organisationen dürfen in die militärischen Betriebe keinen Eingang finden. Den beiden Zentrumsresolutionen werden meine Freunde zustimmen, dagegen lehnen wir die sozialdemokratische als vollkommen überflüssig ab. (Der Redner versucht, gegen die vom Abg. Due beim Marine-Etat begründete entsprechende Resolution zu polemisieren, wird aber vom Vizepräsidenten Dr. Spahn an diesen Ausführungen, als nicht zur Sache gehörig, gehindert.)

Freiherr von Camp (Rp.): Herr Rothhoff beklagte sich gestern über das viele unnütze Reden. Tatsächlich gibt es in der ganzen Welt kein Parlament, das sich mit

solchen Lumpereien

beschäftigt und sonst Zeit verträdt wie der Deutsche Reichstag. Am besten wäre es, die Resolutionen sämtlich zurückzuziehen, viel steckt in ihnen nicht, und es ist ziemlich unerheblich, ob sie mit 60 gegen 40 Stimmen angenommen werden oder nicht.

Dr. Becker-Köln (Z.): Ich wisse es mit Entschiedenheit zurück, daß Herr Rothhoff gestern vom Zentrum als von einer staatsfeindlichen Partei sprach. (Zust. im Z.) Herr Rothhoff wies dabei auch auf die Wahlen hin; er mag nur zusehen, daß er von

seinen jungen, roten Freunden nicht untergejubelt

wird. (Hst.) Der Redner befürwortet dann die Zentrumsresolution über den Ausbau der Arbeiterausschüsse in den Militärbetrieben.

Zubeil (Sd.): Es war ein

Schauspiel für Götter,

hier einen Arbeiter auftreten zu sehen, der

gegen die unbeschränkte Organisationsfreiheit

der Arbeiter eintrat. Wir halten es für die heiligste Pflicht der Arbeiter, ihre Organisationen auszubauen. Alle diese Organisationen, auch die freien Gewerkschaften, Herr Behrens, stehen auf gesetlichem Boden und dürfen daher nicht als staatsfeindlich bezeichnet werden. — Herr von Camp meinte, der Deutsche Reichstag beschäftige sich mit Lumpereien. Wir halten die

Beschäftigung mit Arbeiterfragen

für mindestens ebenso wichtig, wie die mit neuen Militärvorlagen. (Lebh. Zust. b. d. Soz.) — Die Arbeiter der Geschloßfabrik Siegburg bitten, in der Unterschlagungssache bei der Krankenkasse noch einmal eine unparteiische Untersuchung durch einen unbeteiligten Offizier zu veranstalten. Der Oberleutnant, der die erste Untersuchung führte, war auch mit der Aufsicht über die Krankenkasse betraut, und hatte deshalb ein Interesse daran, daß die Untersuchung nicht zu große Unregelmäßigkeiten aufdeckte. — Die Arbeiter beim Feuerwerks-Laboratorium in Spandau beschwerten sich darüber, daß einerseits Arbeiter mit 5 Mk. Tageslohn eingestellt werden, während andererseits Arbeiter, die schon 20-30 Jahre dort beschäftigt sind, nur auf einen Höchstlohn von 4.80 Mk. kommen; sie bitten, ihnen doch wenigstens 20 Pf. zuzuz-

legen. Überhaupt sollten statt der vielen Lohnklassen nur zwei, höchstens drei eingeführt werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) — Noch eine andere Angelegenheit hat im vorigen Jahre großes Aufsehen erregt. Am 7. April war in den Betrieben der Heeresverwaltung in Spandau folgende Bekanntmachung angeschlagen: „Ein Vertreter der A. G. G. wird nachmittags eintreffen, um sich bei den Arbeitern zwecks Einstellung in die A. G. G. über ihre Fertigkeiten zu unterrichten. Sämtliche gelindesten Arbeiter haben sich um 2 Uhr bereitzuhalten, die Vorstellung erfolgt im Sitzungszimmer“. In der A. G. G. waren damals 600 Arbeiter ausständig, die sich einen Abzug der Arbeitslohn nicht gefallen lassen wollten. Die Berliner Verwaltung des Deutschen Metallarbeiterverbandes richtete am 11. April an den Kriegsminister eine Beschwerde darüber, daß den Arbeitern, die sich auf den Anschlag hin vorstellten, verschwiegen wurde, daß in der A. G. G. gestreift wurde und daß sie als Streikbrecher dienen sollten. (Hört, hört! b. d. Soz.) Es kommt der Militärverwaltung in keiner Weise zu, sich in die Lohnkämpfe privater Betriebe einzumischen. Am 29. April traf die Antwort des Kriegsministeriums ein, die dahin lautete, daß zur Zeit der Bekanntmachung im Feuerwerkslaboratorium von dem Streik nichts bekannt war; die Arbeiter sollten nicht als Streikbrecher dienen, sondern die A. G. G. hatte mitgeteilt, daß 200 Arbeiter bei ihnen gelündigt war, und daß sie dafür Ersatz suchte. Es ist doch sehr, sehr sonderbar, daß die Leitung der königlichen Betriebe in Spandau gar nichts von dem Streik wußte, der damals in Berlin so großes Aufsehen hervorrief; das ist um so merkwürdiger, als sie verlangte, die Arbeiter sollten sich für den Vertreter der A. G. G. bereitstellen, der sich über ihre Fertigkeiten unterrichten wollte. Als die Spandauer Arbeiter in Berlin erfuhren, wozu sie mißbraucht werden sollten, da hatten sie so viel gefunden Sinn, es abzulehnen, als Streikbrecher einzutreten, und nunmehr verständigte sich die A. G. G. mit ihren eigenen Arbeitern sehr schnell und bewilligte deren Forderungen. In Zukunft möge die Militärverwaltung ihre Finger davon lassen, wenn ein Kampf zwischen Unternehmern und Arbeitern besteht, in irgend einer Weise helfend für die Unternehmer einzuspringen. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Generalmajor Wandel: Der Abg. Böhle behauptete gestern, daß die Arbeiter in den Militärbetrieben vielfach sozialdemokratisch seien. Ich bin überzeugt, daß die Arbeiter mit diesem Urteil nicht einverstanden sind. (Zust. rechts.) Herr Böhle bemängelte auch die Löhne der Militärbetriebe in Straßburg. Sie betragen dort 3.40 Mk., während im übrigen Straßburg der durchschnittliche Lohn 3.33 Mk. ist. — Über den vom Abg. Zubeil angeführten Siegburger Fall weiß ich nichts. Bei den Leuten in Spandau, die zu einem höheren Lohn eingestellt werden, handelt es sich um Leute mit besonderen Geschäftlichkeiten. Bei den von ihm zuletzt angeführten Fall habe ich dem Bescheide der seinerzeit vom Kriegsministerium erteilt ist, nichts hinzuzufügen. Es war tatsächlich im Feuerwerks-Laboratorium von dem Streik nichts bekannt.

Sommer (Wt.) bringt Beschwerden der Feuerwerks- und Zeugoffiziere vor; besonders ihrer Avancementverhältnisse lassen sich viel zu wünschen übrig. Überhaupt werde ihnen bei jeder Gelegenheit deutlich gemacht, daß man sie nicht für voll an sieht, sie sollten mit den übrigen Offizieren gleichgestellt werden.

Generalmajor Wandel erklärt, daß es der Verwaltung fernliege, die Zeug- und Feuerwerksoffiziere zurückzuführen, die Militärverwaltung sei bestrebt, die Avancementverhältnisse dieser Offiziere aufzubessern.

Schwarz-Lippstadt (Z., schwer verständlich) polemisiert gegen die Abgg. Zubeil, Böhle und Rothhoff. Die Sozialdemokraten verlangen immer Aufbesserungen der Beuten und Arbeiter und lehnen alle Steuern und das ganze Budget ab.

Due (Sd.): Ein paar Worte zur Begründung unserer

Resolution. Wir verlangen in ihr von der Militärverwaltung, daß sie Arbeiten nur an Firmen vergibt, die die gesetzlichen Vorschriften in bezug auf die Arbeitsbedingungen befolgen und die zum Abschluß von Tarifverträgen bereit sind, und wir verlangen ferner, daß die Festsetzung und Neuordnung von Arbeitsbedingungen in den Militärbetrieben unter Mitwirkung der Arbeiterausschüsse erfolgt. Wir haben eine entsprechende Resolution bekanntlich schon beim Marineetat gestellt, und ich beziehe mich im wesentlichen auf das, was ich damals ausgeführt habe. Gegenüber den beanstandungen, die meine damaligen Ausführungen von verschiedenen Seiten gefunden haben, will ich hier nochmals betonen, daß bei den wichtigsten Firmen, die für die Staatslieferungen in erster Linie in Betracht kommen, Herabsetzung nicht nur der Arbeitslöhne, sondern auch der Zeitlöhne stattgefunden hat. (Hört, hört! b. d. Soz.) Wie nötig die Zuziehung und der wirksame Ausbau der Arbeiterausschüsse ist, die jetzt vielfach nur auf dem Papier stehen, ist häufig auch von Seiten des Zentrums anerkannt worden. Darin, daß Arbeiteraus-

Schattenbilder

schatten sind, wenn nicht auf Grund der vollen Koalitionsfreiheit kraftvolle Arbeiterorganisationen dahinter stehen, werden — glaube ich — die Vertreter aller gewerkschaftlichen Organisationen hier im Hause mit mir übereinstimmen. Herr Behrens beirret neuerdings sehr nachdrücklich den in Staatsbetrieben beschäftigten Arbeitern das Recht auf volle Koalitionsfreiheit. Es gab eine Zeit, da diese Anziehung in der christlich-nationalen Arbeitererschaft nicht die herrschende war, 1903 auf dem Kongress der christlich-nationalen Arbeiter erklärte unser jetziger Kollege Schiffer, daß es gegen die elementarsten Grundsätze des Rechtsstaates verstoße, wenn den in Staatsbetrieben beschäftigten Arbeitern die volle Koalitionsfreiheit vorenthalten werde. (Lebh. Hört, hört! b. d. Sozialdemokraten.) — Ich weiß, daß Herr Behrens und sein Freund Schack (Weiterkeit) auch damals eine andere Stellung eingenommen haben. Wenn aber Herr Behrens sich jetzt auf seinen Patriotismus und seine Königsstreue beruft und uns als antinationale Staats- und Volksfeinde benennt, so will ich ihn daran erinnern, daß vor noch nicht langer Zeit die Illenburger Handelskammer in einem amtlichen Bericht von der „Verheugung“ sprach, die durch „christlich-sozialen“ Agitatoren getrieben werde und durch die das gute Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer geröhrt, die Königs- und Staatsstreue vernichtet werde usw. (Hört, hört! b. d. Soz.) Man hat mir auf Grund meiner Ausführungen zum Marineetat den Vorwurf gemacht, daß ich in geschäftiger Weise gegen die Firma Krupp vorgegangen sei. Was wir bekämpfen, das ist das kapitalistische System, nicht die einzelne Firma, die sich selbstredend nicht von den Bedingungen der kapitalistischen Produktionsweise emanzipieren kann. — Schuld daran ist das ganze System, dieses System das Militarismus, das Milliarden über Milliarden verschlingt und nichts übrig läßt für Kulturaufgaben. (Lebh. Zust. bei den Soz.)

Der Vertreter der Firma Krupp hier im Hause.

Herr Behrens,

(Weiterkeit und Sehr gut! b. d. Soz.) hat die Wichtigkeit meiner Angaben, die ich tendenziös zusammengestellt haben soll, angezweifelt. Demgegenüber erkläre ich, daß sich das, was ich hier ausgeführt habe, im Einklang befindet mit einem auf genaue und objektive Studium beruhenden Buche, das zum Verfasser den Dr. Lorenz-Biever hat, den Bruder unseres Kollegen Bieber vom Zentrum. (Hört, hört! b. d. Soz.) Der Redner schildert einige geradezu schauerliche Einzelheiten, die dieses Buch enthält.

Präsident Graf Schwerin-Löw ist bittend dem Redner wiederholt, nicht mit solcher Ausführlichkeit auf Dinge einzugehen, die mit dem Militäretat nur in sehr losem Zusammenhang stehen. (Lebh. Zust. rechts. Dr. Wendt ruft überlaut: Sehr richtig!)

Der Mexikaner.

Erzählung von Friedrich Gerstäcker.

(9. Fortsetzung.)

In gleicher Art verbrachten sie das zweite Nachtquartier; dieser Tagemarsh war aber fast noch beschwerlicher gewesen, als der erste, denn ein wahrer Wellenbruch entlud sich über die Höhen und wandelte die weiche Mooreerde zu einem flüssigen Morast, so daß einzelne Maultiere abgeladen werden mußten, um sie nur wieder aus den Sumpfsümpfen zu befreien, in denen sie eingesunken waren. Natürlich hielt das die ganze Karawane auf. Die einzelnen Reisenden durften sie doch nicht im Stich lassen, und wenn auch nicht mehr weit vom Chagresfluß entfernt, konnten sie ihn doch nicht an diesem Abend erreichen, und mußten zum zweitenmal im Walde lagern.

Endlich, am dritten Morgen, kamen sie in Sicht des Stromes, und Pablo winkte hier seinem neuen Herrn, daß er nur bei dem Zuge bleiben sollte, indes er selber voraus eilte und ein Kanoe für sie schaffte. Es gab allerdings eine Menge von Indianern in jener Gegend, die es einträglich gefunden hatten, sich mit dem Transport von Fremden zu befassen; aber es war doch immer besser, sich gleich von vornherein ein Kanoe zu sichern, um nicht einmal der Möglichkeit ausgesetzt zu sein, in dieser Wildnis von den übrigen zurückgelassen zu werden. Jetzt nämlich, mit dem Strom vor sich, der sie in kurzer Zeit an die Küste bringen konnte, hätte keiner mehr auf den andern gewartet. Es dauerte auch nicht lange, so kehrte Pablo zurück und winkte der Sennora, ihm nur zu folgen. Er mußte jedenfalls ein passendes Boot gefunden haben, er läumte auch nicht lange, sondern nahm die Tiere und führte sie eine kurze Strecke stromauf, wo sie schon durch die dort offenen Büsche eine Dichtung mit einer Hütte erkennen konnten.

Dicht darunter lag ein nicht sehr großes aber bequemes Kanoe, das er für sie gemietet zu haben schien. Der Preis dafür war allerdings, wie er in den Sand schrieb, eine Unze, also sechzehn Dollars, oder auch wieder nicht zu viel, wenn man bedachte, wie gerade dieser Volksstamm durch den zahlreichen Verkehr verwöhnt worden war, hohe Preise zu fordern. Bockenheim zahlte es auch mit dem größten Vergnügen; denn hatten sie doch jetzt die beschwerliche und so gar gefährliche Landreise hinter sich, und durften also hoffen,

bald, recht bald das Ziel ihrer Reise zu erreichen. Einmal erst an Bord des Dampfers, und sie waren so gut wie zu Hause.

Und wie glücklich war bis jetzt alles gegangen. Von Räubern hatten sie auch nicht die Spur unterwegs gesehen, noch weniger irgend eine Unbequemlichkeit von ihnen erlitten. Die Neu-Granadienische Eskorte nahm hier, mit einer reichlichen Belohnung für die einzelnen Leute, Abschied von ihnen, um eine gerade stromauf gefommene Gesellschaft zurückzuführen. Sie hörten auch hier, daß zwei Dampfer, der eine für Neuport, der andere für San Thomas bestimmt, vor Colon lagen. Der amerikanische wartete also auf die „San Francisco Mail“, der westindische dagegen segelte gleich ab, und je eher sie deshalb hinab kamen, desto besser.

Wenn die Reisenden nun aber auch kein räuberisches Gefindel unterwegs und auf dem festen Land getroffen hatten, so war damit die Möglichkeit noch gar nicht ausgeschlossen, daß sich einzelne solcher Strolche auf dem Chagresfluß selber herumtrieben, und es blieb deshalb geraten, die Canoos der verschiedenen Parteien dort ebenfalls zusammenzuhalten, wie auf dem Lande ihre Maultiere. Bockenheim wäre allerdings, da er am ersten mit Pablos Hilfe reisefertig geworden, auch am liebsten voraus gefahren, denn der Boden braunte ihm hier unter den Füßen; Pablo selber aber riet ihm durch Zeichen, zu warten, bis die übrigen sich ihnen anschließen konnten, und mittig war es etwa, als sich die kleine Kanooesflotte endlich in Bewegung setzte und mit der ziemlich starken Strömung rasch den Fluß hinabglitt.

Der Indianer, dem das von Pablo gemietete Kanoe gehörte, saß am Steuer oder ruderte vielmehr im Stern seines kleinen Fahrzeuges; vor ihm, seine Schöße zu seinen Füßen, saß Bockenheim, dann kam Pablo, der ebenfalls ein Ruder führte, um sie rascher vorwärts zu bringen, und vorn im Bug hatte er der Sennora noch kurz vorher, ehe sie aufbrachen, von breiten Bananenblättern und übergebogenen Bambuskäben ein kleines Zeltbald gebaut, das sie gegen die Strahlen der Sonne oder etwa eintretende Regenschauer vollkommen schützen konnte. Allerdings hatten sich noch einige Reisegeräten als Mitpassagiere gemeldet, weil sie dadurch billiger wegzukommen hofften; Pablo zupfte aber dann jedesmal seinen neuen Herrn verflohlen, um ihm abzuraten, und Bockenheim selber hatte seine besonderen Gründe, keine fremden Menschen in sein Fahrzeug zu nehmen. So blieben sie denn allein und fährten auch, von den beiden kräftigen Rudern vorwärts getrieben, bald den ganzen Zug an.

Wie heiß aber die Sonne braunte — Bockenheim blickte ordentlich in ihren Strahlen, und der aufmerksame Diener winkte endlich dem Indianer zu und führte ihn in unartikulierten Lauten so lange an, bis dieser etwas seitab in den Schatten der über den Strom hineingehängenden Bäume hielt. Dadurch kamen sie allerdings aus der eigentlichen Strömung, und andere Canoos gewannen ihnen den Rang ab; aber was schadete das? Sie erreichten doch noch immer zur rechten Zeit die Mündung und konnten indessen wenigstens bequem im Schatten fahren.

Das Kanoe aber, das anfangs das erste gewesen, blieb jetzt mehr und mehr zurück. Pablo schien doch mit Maultieren besser und geschickter umgehen zu können, als mit einem Ruder. Der Indianer zankte wenigstens ein paarmal auf ihn ein, wenn er durch irgend ein Versehen den Bug des Fahrzeuges aus seiner Richtung und in irgend ein par Zweigen oder aushängendem Holz festbrachte, was immer einen geringen Zeitverlust erforderte, um es wieder los zu bekommen. Er nahm aber solche Scheltworte ruhig und demütig hin, und tat nachher sein Bestes, um es wieder gut zu machen.

Die Sonne neigte sich zu ihrem Untergang, aber die Entfernung sollte, nach des Indianers Angabe, gar nicht mehr so weit sein, um nicht wenigstens das kleine Städtchen Espinwall noch zu erreichen. Der Himmel blieb dazu klar, Mondschein hatten sie ebenfalls, und bei fast windstiller Luft war nicht das geringste zu befürchten. Sie brauchten ja eben nur mit der Strömung hinabzutreiben.

Es war eine wundervolle Fahrt, und Bockenheims Frau besonders, die nie etwas Ähnliches gesehen, ganz entzückt von der prachtvollen, unbeschreiblich schönen Szenerie. Allerdings sahen sie nicht viel von dem sich an beiden Seiten hinziehenden Wald, denn die ziemlich steilen und schroffen Ufer verhinderten sie daran; aber überall über diese hinaus hingen die herrlichsten Festsens blumengeschmückter Ranken, neigten die Palmen ihre gefiedernden Wipfel oder schüttelten breitblättrige Bananen ihre zitternden Wedel. Wo aber einmal ein kleiner Bach in den Chagres einmündete oder selbst nur ein Sumpfwasser, das aus dem niederen Land kommend, hier seinen Ausfluß suchte, da überbot die dort wuchernde Vegetation alles, was die Deutschen bis dahin für möglich gehalten, und diese konnten manchmal einen Ausruf des Staunens und der Bewunderung nicht unterdrücken.

(Fortsetzung folgt.)

Que (fortfahrend): Ich glaube schon, Herr Arendt, daß Ihnen Ausführungen über Folgeerscheinungen des Kapitalismus nicht besonders gefallen. (Heiterkeit und Sehr gut! bei den Soz.) Im übrigen stehen diese Dinge allerdings im engsten Zusammenhang mit unserer Resolution, die wir zum Militärstatut gestellt haben. (Sehr wahr! bei den Soz.) Wenn die amtlichen Berichte der Wohnungsinspektion beweisen, daß die Verhältnisse seit 1906 nicht besser, sondern schlechter geworden sind, so ist das ein Beweis für die Notwendigkeit der Erfüllung unserer Forderungen. (Zust. bei den Soz.) Ich habe auch beim Marineetat, ungehindert von Präsidenten, unsere entsprechende Resolution mit der Schilderung der Arbeits-, Wohnungs- usw. Verhältnisse im Rapport der in Betracht kommenden Industrien geschickt. Jedenfalls beweisen diese Verhältnisse, wie notwendig es ist, unsere Resolution anzunehmen. (Lebhafter Beifall bei den Soz.)

Mommsen (Zp.) polemisiert gegen das Zentrum. „Staatsfeindlich“, wie mein Freund Boithoff, will ich ja das Zentrum nicht gerade nennen, denn der Vorwurf der Staatsfeindlichkeit ist sehr billig und schon gegen alle Parteien erhoben worden. Daß das Zentrum der

Hauptfeind des Liberalismus

ist, steht fest. Der Hauptfeind aber, den das Zentrum anstiftet, ist der, daß es die reinliche Scheidung des Parlaments in eine große Rechte und eine große Linke hindert. Innerhalb einer solchen großen Linken würde auch die Sozialdemokratie viel von ihrem Radikalismus verlieren. (Widerspruch und Lachen rechts und im Zentrum. Rufe rechts:)

Hoch, der rosarote Großblod!

(Glocke des Präsidenten.)

Präsident Graf Schwerin-Löwig: Die große Linke gehört doch nicht zum Militärstatut. (Heiterkeit.)

Mommsen (fortfahrend): Auf den Vorwurf, besonders aus Zentrumskreisen, daß wir uns mit der Sozialdemokratie verbinden, will ich nur das eine antworten: von uns erschienen keine Bündnisbriefe, wie neulich solche veröffentlicht worden sind. (Stkt. und Sehr gut! links.) Redner wendet sich dann den sozialpolitischen Resolutionen zu und spricht sich für Aufbesserung der Arbeiter, wirksamen Ausbau und ausgiebige Zuziehung der Arbeiterausschüsse usw. aus. (Beifall links.)

Dr. Will (Z.) tritt für eine durchgehende Reform der Löhne in den Militärwerkstätten ein und polemisiert gegen den Abg. Boithoff, der dem Zentrum vorgeworfen hat, es wolle das Arbeitskammergesetz nicht mehr zur Verhandlung bringen. Das sei nicht richtig.

Vizepräsident Schulz: Das Arbeitskammergesetz gehört nicht zum Militärstatut.

Hoch (Z.): Die Abgeordneten der einzelnen Wahlkreise müssen hier für die Wünsche der Arbeiter eintreten. Das ist ihre Pflicht. Arbeiterausschüsse sind zwar bewilligt; aber ohne die Stütze der Gewerkschaften haben sie keinen Wert. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Das sollte auch die Militärverwaltung erkennen und Verhandlungen mit den Gewerkschaften nicht ablehnen. In der Bezahlung macht die Militärverwaltung einen Unterschied zwischen Spandau und anderen kleinen Orten, dabei sind auch dort die Lebensverhältnisse nicht billiger. Es sollte daher überall eine angemessene Bezahlung Platz greifen. Aberhaupt sollte die Militärverwaltung sich Mühe geben, den berechtigten Beschwerden der Arbeiter nachzukommen. Einem 65jährigen Arbeiter, der schon 31 Jahre beschäftigt war, wurde plötzlich gesagt, von morgen ab arbeitest Du als Hofarbeiter und bekommst damit einen geringeren Lohn. Dem Manne war es nicht möglich, mit seiner Beschwerde durchzukommen, es blieb bei dem Lohnabzug. Die Militärverwaltung hätte allen Anlaß, solchen berechtigten Beschwerden abzuwehren. (Sehr richtig! b. d. Soz.)

Giesberts (Z.) polemisiert gegen die Kritik, die der Abg. Que an den kleineren Wohnungsverhältnissen, speziell denen der Kruppischen Arbeiter, geübt hat.

Vizepräsident Schulz: Ich finde in Ihren Ausführungen keinen Zusammenhang mit dem Militärstatut.

Giesberts (Z.): Herr Que hat über diese Dinge sprechen dürfen; ich stelle fest, daß ich hier nicht ausreichend zu Worte kommen kann.

Vizepräsident Schulz (erregt): Ich verbitte mir die Kritik der Bräutigamschäfte. Wenn während der Führung der Geschäfte durch einen anderen Herrn ein Abgeordneter in einem kurzen Satz abschweift, ist es etwas anderes, als wenn lange Ausführungen über nicht zur Sache gehörende Dinge gemacht werden. (Abg. Schürmer [Z.] ruft: Er hat ja noch nicht fünf Minuten gesprochen.)

Keil (Z.): Die Selbständigkeit der württembergischen Militärverwaltung ist freilich nur scheinbar. Aber man sollte doch verlangen, daß, so lange sie besteht, der württembergische Bundesratsbevollmächtigte über die Verhältnisse in den württembergischen Militärbetrieben unterrichtet ist.

Vizepräsident Schulz (erregt): Das ist eine ungehörige Bemerkung. Wozu wollen Sie sprechen?

Keil (Z.): Zu unserer Resolution. Übrigens sollte der Präsident wissen, welcher Gegenstand zur Beratung steht.

Vizepräsident Schulz (sehr erregt): Das ist wieder eine ganz ungehörige Bemerkung. Es stehen drei Resolutionen zur Beratung, also war meine Frage wohl berechtigt.

Keil (Z.): Ich spreche zu den Resolutionen, speziell zu der von uns beantragten. In den württembergischen Betrieben, besonders bei denen in Ludwigsburg heißt es:

Gewerkschaftsmitglieder dürfen nicht beschäftigt werden.

wenigstens ist dies der Sinn der Bestimmung, daß sozialdemokratische und staatsfeindliche Bestrebungen von den Arbeitern nicht vertreten und gefördert werden dürfen. (Zuruf rechts: Selbstverständlich!) Nein, das ist nicht selbstverständlich, und die Bestimmung würde nicht bestehen, wenn die Arbeiter auf die Gestaltung der Arbeitsordnung und die Statuten der Arbeiterausschüsse einwirken könnten. Sozialdemokratische Agitatoren würden in den Betrieben der Militärwerkstätten nicht geduldet, sagte der württembergische Bevollmächtigte, und er fügte hinzu, wie auch in den übrigen staatlichen Betrieben nicht. Nun, die Zeit wird kommen, wo die Preisverwaltung sich damit abfinden muß, daß in ihren Betrieben die Arbeiter sich zur Sozialdemokratie hin ganz offen bekennen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) In den übrigen Staatsbetrieben ist das bei uns im Süden der Fall, wenn auch dem preussischen Kriegsminister darüber die Haare darüber zu Berge stehen. (Große St.) Die Arbeiter, welche von uns in die kommunalen Vertretungskörper gewählt werden, bekommen neuerdings auch ebenso, wie die Beamten in gleicher Lage in den staatlichen Betrieben für die Zeit, welche sie dadurch vermissen, den Lohn ausgezahlt. Auch die preussische Militärverwaltung wird sich an dies Verfahren gewöhnen müssen und die Reorganisation der Arbeiterausschüsse soll dazu beitragen. (Lebh. Bravo! b. den Soz.)

Württembergischer Generalmajor Staabs: Schon jetzt haben die Arbeiterausschüsse Gelegenheit, die Forderungen und Beschwerden der Arbeiter zu vertreten.

Darum schließt die Debatte.

Zur Geschäftsordnung bemerkt

Hengsbach (Z.): Ich war noch zum Wort gemeldet.

Vizepräsident Schulz: Mir ist das nicht bekannt gewesen.

Hengsbach (Z.): Dann werde ich in der dritten Lesung meine Ausführungen machen. Geschenk wird Ihnen nichts.

Die beiden Kapitel werden angenommen, ebenso die beiden Resolutionen des Zentrums. Die sozialdemokratische Resolution wird abgelehnt. (Sie ist gleichlautend mit der beim Marineetat in namentlicher Abstimmung mit großer Mehrheit angenommenen Resolution, für die das gesamte Zentrum mit Ausnahme des Abg. v. Savigny gestimmt hat.)

Beim Kapitel „Verschiedenes“ begründet **Schürmer** (Z.) die Resolution des Zentrums, der Reichsanwalt möge erwägen, in welcher Weise die Versorgung der invaliden Arbeiter der Militärbetriebe und der Witwen und Waisen besser ausgebaut werden kann.

Die Resolution wird angenommen.

Der Rest der ordentlichen Ausgaben wird bewilligt.

Wärzt. Generalmajor v. Dorrer: Bei Herrn Keils Rede war ich nicht zugegen. Seine Angriffe auf das württembergische Kriegsministerium weise ich mit Entschiedenheit zurück; sie beweisen nur, wie leicht er sich über verfassungsmäßige Grundlagen hinwegsetzt. (Beifall rechts. Unruhe b. d. Soz.)

Ein Vertagungsantrag wird angenommen.

Keil (Z.): Ich habe weder Ausfälle gegen das württembergische Kriegsministerium gemacht, noch mich über verfassungsmäßige Einrichtungen hinweggesetzt. Ich habe nur gesagt, daß mir in Württemberg von der Existenz des Kriegsministeriums sehr wenig merken. Das ist aber doch noch das Beste, was einem Kriegsministerium passieren kann. (Heiterkeit und Sehr gut! b. d. Soz.)

Nächste Sitzung: Dienstag 2 Uhr. (Fortsetzung.)

Schluss 6 1/2 Uhr.

Aus den parlamentarischen Kommissionen.

Kurpfuscherei.

Je mehr die Verhandlungen der Reichstagskommission, die das Gesetz gegen die Kurpfuscherei vorzubereiten hat, vorwärtsschreiten, desto mehr zeigt sich, von welcher tief einschneidender Bedeutung diese gesetzgeberische Maßnahme ist. Im § 3 will die Regierung zunächst die Fernbehandlung verbieten — allerdings nur den nicht-approbierten Krankenbehandlern. Sie beantragt letzteres damit, daß den Ärzten diese Behandlung durch die Ehrengerichte unterlagert werde. Tatsächlich aber gibt es Ärzte, die eine sehr lebhaft Praxis haben, die sich nur auf die Fernbehandlung stützt. Ist die Fernbehandlung eo ipso als Schwindel zu betrachten, muß sie auch den Ärzten gesetzlich verboten werden. Die Diskussion ergab, daß ein striktes Verbot der Fernbehandlung schließlich doch zu den bedenklichsten Konsequenzen führen müßte. Diese Bestimmung wurde denn auch gestrichen.

Zu einer langen Debatte, die in dieser Sitzung nicht einmal zu Ende geführt werden konnte, führte die Ziffer 2 des § 3, das Verbot der Anwendung mystischer Verfahren. Darunter ist zu verstehen: Besprechen, Magnetismus, Hypnose, Gesundbetten usw. Von sozialdemokratischer Seite wurde betont, daß künftige Wallfahrten, die von Leuten unternommen werden, Geilung zu finden, verboten werden müßten. Ferner sei als Gesundbetten auch die in den Kirchen übliche Fürbitte für die landesherrliche Familie zu betrachten. Darob natürlich große Entrüstung beim Zentrum, dessen Redner einen eingehenden Vortrag über die Macht des Gebets hielt. Auch für den Magnetismus sei das Zentrum jetzt zu haben, nachdem ein Referendar dem Redner einen Brief geschrieben habe, in dem der Schreiber betont, daß er mit Hilfe des Magnetismus nicht nur wieder gesund geworden sei, sondern mit dieser Hilfe auch sein Examen als Referendar bestanden habe! Ein konservativer Redner schilderte die wunderbare Wirkung des Besprechens. Die Aufzählung einer Reihe von Heilerfolgen, die angeblich durch Anwendung mystischer Verfahren erzielt wurden, entsetzte oft rürmische Heiterkeit. Schließlich erklärte die Regierung, daß nicht die Anwendung dieser Verfahren, sondern nur die Ausbeutung des Publikums durch Schwindel unterdrückt werden solle. Ein sozialdemokratischer Redner wies noch einmal mit allem Nachdruck auf den spirituellen Schwindel hin. — Die Fortsetzung dieser amüsanten Debatte wurde auf den nächsten Mittwoch vertagt.

Gewerkschaftsbewegung.

Briefwechsel mit dem „Vorwärts“ als Auflösungsgrund. Die Chronik der Polizeipressionen, die die Arbeiterorganisationen in Rußland erdulden müssen, ist dieser Tage um einen eigenartigen Fall bereichert worden. Der kürzlich aufgelöste Verband der graphischen Arbeiter in Riga wird beschuldigt, „mit der deutschen sozialdemokratischen Zeitung „Vorwärts“ in Briefwechsel gestanden zu haben.“ Der Verband bestritt diese Tatsache und hat beschlossen, gegen die Auflösungsverfügung der Behörde den Klageweg zu beschreiten.

Achtung, Fliesenleger, bei Arbeitsangeboten nach Italien! Die Firma Billeroy u. Boch, Vertreter Gerson-Schmidt, in Mailand sucht in deutschen Zeitungen Fliesenleger nach Italien. Um die Fliesenleger vor Schaden zu bewahren, sei mitgeteilt, daß über die Firma von der Arbeitskammer in Mailand wegen Maßregelung des Vertrauensmannes der deutschen Kollegen und eines weiteren Fliesenlegers die Sperre verhängt ist. Man hüte sich deshalb, Arbeitsangebote nach Mailand anzunehmen, zumal, da das Geld zur Rückreise kaum zur verdienen ist.

Die Einigungsverhandlungen im Leipziger Kürschnergewerbe sind gescheitert. In den am Donnerstag vor dem Leipziger Gewerbegericht stattgefundenen Einigungsverhandlungen kam es zu keiner Verständigung zwischen Arbeitervertretern und Unternehmervertretern. In den Verhandlungen am 21. Februar hatten sich die Unternehmer erboten, einen neuen Tarifvertrag abzuschließen. Die Kürschner forderten nun, daß die Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen in dem neuen Tarifvertrag mit beachtet werden sollen, damit deren unhaltbare Lohn- und Arbeitsverhältnisse aufgehoben werden. Die Unternehmer weigerten sich ganz entschieden, dieser Forderung stattzugeben und so scheiterten denn die Verhandlungen an den Unternehmern, die den Kampf frivool vom Zaune gestoßen haben. Bezug ist weiterhin fernzuhalten.

Zur Tarifbewegung im Holzgewerbe. Am Donnerstag, dem 23. Februar, trat die Zentralisierungskommission, die gebildet ist vom Deutschen Holzarbeiterverband und dem Arbeitgeberverband für das Holzgewerbe, zusammen, um sich über den Stand der Ortsverhandlungen zu informieren und um zu vereinbaren, in welcher Form insbesondere über die Frage der Arbeitszeit weiter verhandelt werden soll. Schon am Tage vorher hatten die Zentralvorstände eine gemeinsame Sitzung, in der beschlossen worden war, die zentralen Verhandlungen sofort aufzunehmen. Daraufhin wurden die Ortsvertreter aus Bremen, Breslau und Stuttgart zum 24. Februar nach Berlin geladen. Wegen der Arbeitszeitfrage wurde vereinbart, daß diese aus den Sonderverhandlungen einer Anzahl Städte von vornherein ausgeschaltet werden sollte und daß hierüber die zentrale Verhandlungskommission nach Anhörung der Ortsvertreter endgültig entscheiden sollte. Die Verhandlungen sind dann am 24. Februar für die genannten Orte und am 25. Februar für Chemnitz, Elberfeld, Aachen, Straßburg und Gießen und am 26. Februar für Jena, Eisenach, Forst und Elbing, am 28. Februar für Osna brück, Rorschheim und Finsterwalde, am 1. März für Detmold, Herford, Posen und Helmstedt und am 2. März für Neumünster aufgenommen worden. Die zentralen Verhandlungen spielten sich in derselben Form ab, wie in den letzten Jahren. Jede Stadt verhandelt zunächst über die Frage der Arbeitszeitverkürzung vor dem Forum der zentralen Kommission im Verein der Verbandsvorstände. Im Verhandlungsplenum haben die Ortsvertreter zu erklären, ob sie sich einem Schiedsspruch unterwerfen; diese Erklärung haben bisher alle Ortsvertreter ohne Vorbehalt abgegeben. Die zentralen Verhandlungen gestalteten sich äußerst schwierig. Am 28. Februar waren alle Verhandlungen gescheitert und die Ortsvertreter verließen abends noch Berlin. Die zentrale Verhandlungskommission trat dann am 1. März nochmals zusammen, um das Schlussprotokoll aufzusehen. Bei dieser Gelegenheit vereinbarte die Kommission dann zunächst über die Städte Bremen, Breslau und Stuttgart einen Schiedsspruch wegen der Arbeitszeitverkürzung zu fällen. Nachdem dies geschehen, sollten die Verhandlungen für alle Orte sofort wieder aufgenommen werden. Auf Beschluß der Kommission traten am Nachmittag desselben Tages die Verbandsvorstände unter Einziehung der noch anwesenden Ortsvertreter zu einer Plenarsitzung zusammen und dort wurde der für die genannten Städte gefällte Schiedsspruch über die Arbeitszeit bekannt gegeben. Die abgereichten Ortsvertreter sind dann telefonisch wieder nach Berlin beordert worden, sodas gegenwärtig wieder auf der ganzen Linie verhandelt wird. Donnerstag vormittag war ein endgültiges Resultat noch für keine Stadt erzielt, doch läßt sich mit Bestimmtheit sagen, daß in den nächsten Stunden die Entscheidung für einige Großstädte kommen muß, wovon der Fortgang der Verhandlungen überhaupt abhängt. In Bremen haben inzwischen die Tischler die Arbeit allgemein eingestellt; auch in Chemnitz und Breslau ruht in einer Anzahl Betriebe die Arbeit. Trotzdem werden die Verhandlungen vorläufig fortgesetzt und wenn nicht weitere Zwischenfälle eintreten, ist zu hoffen, daß die Verhandlungen für eine größere Anzahl Orte zu einem endgültigen Resultat führen werden.

Großindustrielle als Zwischenhändler für Streikbrechervermittlung. Der Zufall hat uns einige sehr interessante Schriftstücke zugewandt, die beweisen, wie Großindustrielle den Streikbrechervermittlungsgeschäften gewissermaßen Zwischenhändlerdienste leisten. Die Berlin-Anhaltische Maschinenbau-Aktien-Gesellschaft scheint sich dieser edlen Aufgabe besonders zu widmen und auch in Unternehmerrreisen als Helferin für die Streikbrechervermittlung bekannt zu sein. In der Gasanstalt in Zwickau bereite sich eine Lohnbewegung vor. Die Direktion schrieb daher in ihrer Bedrängnis an die Berlin-Anhaltische Maschinenbau-A.G. in Berlin:

„Von Herrn Steuermann, dem jetzigen Inhaber der Gasanstalt Merane wird uns mitgeteilt, daß sie ihm während des Streiks dort die Vermittlung von Arbeitskräften zugesagt haben. Wahrscheinlich kommen wir, da eine Lohnbewegung im Gange ist, in eine ähnliche Lage. Wir gestatten uns daher die Anfrage, ob auch wir Sie bitten dürften, uns vorübergehend Hilfe zu leisten.“

Einem recht baldigen Bescheid sehen wir mit Spannung entgegen.

Hochachtungsvoll

Gasanstalt Zwickau.

Darauf antwortete die Berlin-Anhaltische Maschinenbau A.G.:

„In Erledigung Ihres Schreibens vom 3. d. Mts. drabreten wir Ihnen soeben:

„Unternehmer Hoesberg, Hamburg 19, Einsbüttele, Chaußee 41, stellt auf Wunsch jede gewünschte Arbeiterzahl. Wir haben ihn heute benachrichtigt.“

Die Firma Hoesberg ist uns für Lieferung von Streikbrechern bekannt und hat mit Erfolg bei Gasarbeiter-Streiks, speziell Hamburg, Kiel, Mailand und Hildesheim und an anderen Plätzen mit Erfolg eingegriffen. Die Leute, welche Herr Hoesberg stellt, sind für den Gasanstaltsbetrieb recht geeignet.

Es wird uns freuen, Ihnen hiermit gedient zu haben.

Hochachtungsvoll

Berlin-Anhaltische Maschinenbau A.G.“

In ähnlicher Weise ist auch das Gaswerk München an Damag herantreten, auch das ist an Hoesberg verwiesen worden.

Der Fall des Herrn v. Jagow.

In der Zeitschrift „Pan“ erklärt Paul Cassirer: „Ich habe bis zum letzten Moment nicht die Hoffnung aufgegeben, meine Freunde zu überreden, von der Veröffentlichung des Artikels gegen den Herrn Polizeipräsidenten v. Jagow im „Pan“ Abstand zu nehmen. Denn es widerstrebt mir aufs äußerste, eine Angelegenheit, in die meine Frau und ich verwickelt sind, öffentlich zu behandeln. Da in den Verträgen des „Pan“ mir kein Veto recht zusteht, war ich entschlossen, im letzten Augenblick aus der Zeitschrift „Pan“ als Herausgeber und Verleger auszuschließen.“

Die Erklärung des Herrn v. Jagow im „Lokalanzeiger“: „Was der „Pan“ gegen mich persönlich schreibt, ist mir gleichgültig. Will er sich über die Handhabung der Zensur beschweren, so möge er den Instanzenweg beschreiten“ zwingt mich, ihm auf das politische Gebiet zu folgen und meine politischen Freunde gewähren zu lassen.“

In einem Artikel von Alfred Kerr wird dann der Wortlaut des Jagow-Schreibens an Frau Lilla Durlaug mitgeteilt:

„Alexanderplatz 6.“

Berehrte gnädige Frau! Da ich die Theaterzensur auszuüben habe, hätte ich gern auch persönliche Führung mit Schauspielerkreisen. Es wäre mir Freude, unser heutiges Gespräch fortzusetzen. Würde Ihnen mein Besuch genehm sein? etwa Sonntag 1/25? „Bitte eigenhändig adressieren.“

Im Polizeipräsidium wird die Jagow-Angelegenheit folgendermaßen erläutert und beurteilt:
 Vor allem könne keine Rede davon sein, daß sich von Jagow durch die Affäre genötigt sehe, vom Schauplatz seiner Tätigkeit abzutreten. v. Jagow denke gar nicht daran, seinen Abschied einzureichen. Es handle sich um eine Angelegenheit, die ausschließlich auf politisches Gebiet hinübergeleitet worden sei. Laßliche sei, daß Herr v. Jagow in dem an Frau Durieux, das hervorragende Mitglied des „Deutschen Theaters“ gerichteten Briefe darum gebeten habe, ihr Antwortschreiben mit dem Vermerk „Eigenhändig“ zu versehen. Für jemanden, der den Geschäftsgang im Polizeipräsidium nicht kenne, sei die Annahme wohl sehr naheliegend, es sei damit eine Heimlichkeit verbunden. In der im Präsidium geübten Praxis sei aber der Vermerk „Eigenhändig“ üblich und werde stets gebraucht, um dem Empfänger auf direktem Wege unter Umgehung der vielen Bureauinstanzen die Postsendung zukommen zu lassen. Verständlicher erscheine diese geübte Praxis, wenn man berücksichtigt, daß auf dem Präsidium täglich 25 000 „Eingänge“ zu verzeichnen seien. Zu dem in Umlauf gebrachten und im „Pan“ wiedergegebenen Gerücht, ein Herr v. Jagow sei als Heidelberger Student wegen tückischer Verleumdung eines Richters zu 14 Tagen Gefängnis verurteilt worden, könne auf das bestimmteste erklärt werden, daß der jetzige Polizeipräsident zu der Affäre, wenn sie überhaupt wahr sei, in gar keiner Beziehung stehe. Er sei als Student nicht Heidelberger „Landale“, sondern Göttinger „Sachse“ gewesen und habe niemals ein derartiges Renkontoire gehabt.

Diese Erklärung ist keine Antwort auf die bescheidene Frage, die Alfred Kerr dem Herrn v. Jagow unterbreitet: „Wollen Sie mir gefälligst sagen, was der Zensorenberuf mit Schauspielereinnahmen zu tun hat? ... Ich dachte, Sie hätten mit den Stücken. Wollen Sie mir gefälligst mitteilen, wozu Sie mit Darstellern jene „Fählung“ brauchen, — die Sie bei der Fählung mit einer Darstellerin beginnen? (Es ist auffallend.)“

Die „Post“ bezieht sich mit auffälligem Eifer, sich zum Schildträger des Berliner Polizeigewaltigen aufzumachen. Sie meint: „Die ganze „Affäre Jagow“ dürfte schließlich auf eine raffinierte Reklame des „Pan“ auslaufen, der auf diese Weise im Publikum bekannt zu werden hofft. Reklame und Gehässigkeit, das sind die Nachfaktoren, mit denen Kerr und die gleichgesinnte Presse gegen den Polizeipräsidenten zu Werke gehen. Aber — wohl ihm. Er darf dem Insturm stolzen Hauptes entgegen schauen.“ Na, Na!

Aus Nah und Fern.

Tragisches Geschick. Aus Berlin wird berichtet: Der Arbeiter August Spiemer hatte gegen weltläufige Verwandte einen Prozeß angestrengt, der schon mehrere Jahre sich hinzog und in dem am Mittwoch vor dem Landgericht I ein neuer Termin anstand. Nach langer Verhandlung wurde der Prozeß zugunsten des Arbeiters entschieden. Bei Verkündung des Urteils geriet der Arbeiter in eine derartige seelische Erregung, daß er einen Herzschlag erlitt, der sofort seinen Tod herbeiführte.

Zu einer Kompagnie hineingefahren. Donnerstag abend fuhr auf der Döberitzer Heerstraße ein Automobil der Verkehrsgruppen von hinten in eine Kompagnie des Elisabeth-Garde-Regiments Nr. 3. Ein am Schluß marschierender Leutnant, ein Sanitätsunteroffizier, ein Gefreiter und ein Rekrut wurden verletzt. Der Chauffeur hielt die vom letzten Mann der Kompagnie getragene Schlusslaterne für die Laterne eines entgegenkommenden Automobils und war auf der dunklen Straße nach rechts in die letzte Gruppe der Kompagnie ausgewichen.

Wieder ein Opfer der Revolverepidemie. Nach einer Meldung aus Benthien (Oberschlesien) wollte im dortigen Gymnasium am Freitag ein Zertianer den Mechanismus einer mitgebrachten Browningpistole erklären. Blöhhlich entlud sich ein Schuß und traf den 16jährigen Sohn des Oberbürgermeisters Brüning, der schwer verletzt wurde.

Raubmord. Wie gemeldet wird, wurde Freitag früh im Stadtwald von Essen der 20 Jahre alte Techniker Reich aus Rütterscheid ermordet aufgefunden. Es handelt sich um Raubmord. Ein Gelbbetrag von 50 bis 60 Mk., Taschenuhr und Ring fehlen. Alle Anzeichen, insbesondere die stark zerrissenen Kleider des Ermordeten, deuten darauf hin, daß zwischen dem Täter und seinem Opfer ein erbitterter Kampf stattgefunden hat.

Genickstarre. Drei Kinder eines Lohnkutschers sind in Bayreuth an Genickstarre erkrankt. Das Haus der Familie wurde sofort gesperrt, und sämtliche Familienmitglieder wurden in einem Krankenhaus zur weiteren Beobachtung untergebracht. Der Vater ist indes von dort entwichen und wird jetzt polizeilich gesucht. Der Krankheitsherd befindet sich in dem von der ärmeren Bevölkerung bewohnten Stadtteil.

Undankbarkeit. Der Verwalter des Schlosses in Friedberg bekam nach dem russischen Zarenbesuch einen russischen Orden, schickte ihn aber, weil denselben Orden alle Untertanen erhalten hatten, zurück. Jetzt ist dieser unzufriedene Verwalter in den Ruhestand versetzt worden.

2 1/2 Jahre lang eine Leiche mit sich herumgeführt! Eine Köchin im Ködener Vorort Brühl wurde, als sie eben von einer Vollstetlichkeit nach Hause zurückkehrte, bei

sie in Köln beigezogen hatte, von der Polizei wegen Kindesmordes verhaftet. Ihre Herrschaft hatte in Abwesenheit der Köchin in deren Koffer eine Kindesleiche mit einer fest um den Hals gewundenen Schnur gefunden. Das junge Mädchen erklärte auf Befragen sofort, daß es vor 2 1/2 Jahren heimlich einen Kinde das Leben geschenkt habe, daß es bald nach der Geburt erdroffelt und nun die kleine Kindesleiche seit 2 1/2 Jahren ununterbrochen mit sich in ihrem Koffer herumgeführt habe.

Unaufgeklärter Vergiftungsfall. In München wurde am Donnerstag die 25 Jahre alte Gattin des Rentners Zimmermann, der zurzeit verreist ist, durch Kohlenoxydgas vergiftet, in ihrem verschlossenen Schlafzimmer aufgefunden. Das Dienstmädchen, das ebenfalls in der Wohnung schlief, wand sich, gleichfalls schwer vergiftet, in Krämpfen. Sonderbarerweise wurde beim Auffinden der Vergifteten keinerlei Gasgeruch wahrgenommen. Es ist noch nicht aufgeklärt, wie die Vergiftung zustande gekommen ist.

Während des Schauluges eines französischen Aviatiers in Madrid kreiste sein Flugzeug das Publikum. Eine Frau wurde getötet, vier Zuschauer wurden schwer und drei leicht verletzt. Der Aviatier blieb unverletzt.

Grenzfällen bei den russischen Judenauweisungen. Eine in der Nacht vom Mittwoch zum Donnerstag aus Russland in den galizischen Grenzort Bodwoloczyska angekommene jüdische Familie berichtet von grauenhaften Szenen, die sich im Gouvernement Tschernigow bei den neuerlichen Judenauweisungen ereigneten. Der Gouverneur hat an alle Behörden die Weisung ergehen lassen, sämtliche Juden, die weniger als zehn Jahre dort wohnen, unverzüglich auszuweisen. Demgemäß gingen die Behörden mit rücksichtsloser Strenge vor. Kranke und Greise werden aufs Pflaster geworfen. Der Getreidehändler Kopalewski bekam den Befehl, binnen 24 Stunden den Ort mit Weib und Kind zu verlassen. Da die Frau erst seit sechs Tagen Wöchnerin ist, bat er um einen Aufschub, wurde aber abgewiesen, und nach vierundzwanzig Stunden erschien die Polizei, um die Familie gewalttätig zu entfernen. Kopalewski wurde von der Polizei mit der Naaja erschlagen, sein Diener durch einen Revolvererschuß getötet. Die Wöchnerin erlitt einen Ohnmachtsanfall und wurde in das Spital transportiert, wo sie an einer Lungenentzündung, die sie sich durch den Transport zugezogen hat, starb.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
 Verleger: Th. Schwark. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.



MAGGI's Bouillon-Würfel zu 5 Pfg. für 1/4-1/3 Liter



Nur echt mit dem Namen **MAGGI**
u. der Schutzmarke (Kreuzstern)!

enthalten alle Bestandteile einer natürlichen Fleischbrühe. Sie sind mit allerbestem Fleischextrakt, nebst feinsten Gemüseauszügen sowie dem nötigen Kochsalz hergestellt u. geben, nur mit kochend. Wasser übergossen, **kräftige, wohlschmeckende Fleischbrühe**

Anni Wendelborn
Wilhelm Block
 Verlobte.
 Lübeck, den 4. März 1911.

Martha Warncke
Heinrich Paustian
 Verlobte.
 Lübeck, den 1. März 1911.

Auguste Dickmann
Ernst Bork
 Lübeck, Verlobte, Mülin i. Bbg.
 a. St. Hamburg, im März 1911.

Dankagung.
 Für bewiesene Teilnahme u. reichen Kranzspenden bei der Beerdigung meiner guten Frau, sowie Herrn Pastor Zieg für die tröstlichen Worte am Sarge unserer lieben Entschlafenen herzlichsten Dank.
Wih. Böttcher und Kinder.

Für erwiesene Teilnahme und reichen Kranzspenden bei der Beerdigung unserer lieben Entschlafenen sagen allen Beteiligten unsern aufrichtigen Dank.
J. Hildebrandt und Frau.

Freundliches Logis
 zu verm. Bleicherstr. 206 pt.

Ein gut möbliertes Zimmer
 zu vermieten.
 Attendorferstraße 28 pt.

Ein freundl. **Parterre-Zimmer**
 möbliertes
 Felzerstraße 31.

Ein leer. oder möbl. Zimmer
 zu vermieten.
 Waisenhofstraße 5.

Zu sofort oder später **Kottwitzerstraße mehrere Drei- und Zweizimmerwohnungen** zu vermieten. Näheres Kottwitzerstraße 48, pt., r.

Zu verm. zum 1. April 1 leeres **heizbares Zimmer** mit Zubehör für eine alleinstehende Person. Zu bef. v. 10-12 Uhr. **Bedderstraße 44**

Zum 1. April eine **Wohnung** (1. Stg.) zu vermieten. Pr. 170 Mk. Zu bef. Sonntag morgen von 9-12 Uhr. **Altheide 9**

Eine **Parterre-Wohnung**, zwei Stb., Küche, Keller u. Kammer, sof. od. später. Miete 150 Mk. **Dankwartstraße, Torweg 70 D. I.**

Zum 1. April eine **kleine freundliche Wohnung** zu verm. Näh. Engelsgrube 23.

Eine abgeschl. **2-Zimmer-Wohn.** nebst Zubehör, Fremdenz., Trockenboden, Badz., z. 1. April z. verm. 240 Mk. **Waisblumenstr. 5 pt.**

Eine Zweizimmerwohnung
 zum 1. April zu vermieten.
 Hundestraße 70.

Zum 1. April freundliche **abgeschl. 2-Zimmerwohnung** mit Zubehör. **Devenau 15.**

Gesucht zum 1. Juli von jungen ruhigen Leuten mit 2 kl. Kindern eine **2-Zim.-Wohn.** im Preise von 180-200 Mk. Ang. u. **H B** an die Exped. d. Blattes.

Gesucht zum 1. April oder Mai eine **2-Stubenwohnung.** Preis 140-150 Mk. Näh. **Schwartau, Sutinerstr. 20 I.**

Eleg. saub. Herr- u. Dam.-Mask. z. verm. 1,50-4 Mk., das. eine Petroleum-Maschine billig z. verk. **Reiferstr. 41, 1. St.**

Eleg. Damen-Masken-Anzüge v. 2-10 Mk. zu vermieten. **Hüfstr. 60, 2. St.**

Gesucht zum 1. Mai ein **ordentliches Mädchen** für Hausarbeit und z. Hilfe im Laden gegen guten Lohn. Zu erf. **Drügelstraße 10, I.**

Saujunge sof. gesucht
Roedstraße 16.

Brach volles Schlafzimmer, Antarkien, Hochfeine Salongarnitur 175 Mk., Vertiko, reich geschm. 58 Mk., Nähgarnitur 35 Mk., Spiegel 12 Mk., Gr. Trumeau 85 Mk., Tisch, Schreibisch, Rückenmöbel, Erhle sofort ganz enorm billig zu verkaufen. **Wahmstr. 83, part. v.**

Zu verk. ein guter **Kinderwagen** ganz auf Nickel mit Gummireifen u. Schutblech u. **1 Kinderstappstuhl.** **Ritterstraße 6.**

Fast neuer **Konfirmationsanzug** für größeren Knaben billig zu verkaufen. **Friedenstr. 72.**

Zu verkaufen eine **eichene Waschtisch.** **Rosenport 1, 2. St. r.**

Herzlicher Sonntagsdienst
 am 5. März von 1 Uhr an.
Dr. med. Falk.
 Dr. med. Eschenburg, Hüfstraße 33.
 Dr. med. Schuhr, Schwart. Allee 22, I.

Das **Haus Rutenstr. 4**, mit zwei 3-Zim.-Wohn. u. gr. Stall ist zu sof. od. ipar. zu verk. Zu bef. Sonntag, od. ab. u. 6 Uhr. Näh. das. 1. St.

Zu verkaufen ein **Kinderwagen** mit Gummireifen.
Bülomstr. 12, 1. St. r.

Unterhaltener **Sitz-Vicewagen** mit Gummireifen u. ein **Babykorb** billig zu verkaufen.
Mittelstraße 23.

2 Stubenlinden
 1.10 m groß, zu verkaufen.
Friedenstraße 80.

2 kleine Landschaften
 und ein **Blumenständer** billig zu verkaufen. **Alfstraße 23, 3. St.**

Gastrone, Bettstelle m. Matr., einige **Tische, Babykorb, Sofa, mahagoni Spiegel.**
Schwönelnquerstr. 28.

Kinderwagen m. Gummi 15 Mk., **Sportfarr** m. G. 7 Mk., **Kinderklappst.** 3.50 Mk., **Karpenstr. 16.**

Lacklose **Trimmmaschine**, **Naarschneidemaschine**, **Scheibenbüchse**, **Gebrockanzug**, **Frack**, **Militärrock**, **Reisekoffer**. **Rönlstr. 33, pt. r.**

Zu verkaufen **photogr. Apparat**, 9x12 und **Kaninchen.**
Voiqustraße 8.

Jung. gelb. Italien-Zuchthahn
 zu verkaufen. **Arnimstr. 39a, pt.**

Junge Ziegenlämmer
 faukt zu höchsten Preisen.
Aug. Schröder, Kronf. Allee 120.

Ein **zahmes Eichhörnchen** mit Bauer zu verkaufen
Wakenhauer 23, III.

Kanarienvogel und **Wespen** (präpariert. Stamm), **Flotte Sänger**, preiswert. **Wakenhauer 9a, II. I.**

4 Zugänger und Kartoffeln
 zu verkaufen. **Erdonstr. 18a, I.**

Die Person, die Sonntag im **Ver. Eintracht** bei der Garderobe das Portemonnaie gefunden, ist erkannt und wird ersucht, dasselbe sofort abzuliefern. **Friedenstr. 56, prt.**

Die beleidigenden Worte, die ich gegen den Arbeiter Heinrich Lemke in Moikling geäußert haben soll, nehme ich hierdurch zurück.
Bertha Szesnück.

Hochfeine **Kanarienvogelchen** bill. Näh. **Rackenburger Allee 72, II.**

2 Satz Ferkel
 zu verkaufen.
M. Präß, Gshorst.

Strickmaschinen
 aller Systeme, mit Mk. 30-50 Anzahlung, Katalog gratis. **P. Kirsch, Döheln.**

Schwartau.

Hermann Hentrich
Rasier-, Frisier- und Haarschneide-Salon, Zahnoperationen usw.
 wohnt jetzt

Lübecker Straße No. 10.
Haarschneiden 30 Pfg.
Rasieren 10 "
Zahnziehen 50 "

Feinste Meierei-Butter 1.45
2. Sorte 1.35
Baneten-Butter 1.25
 empfiehlt

Joh. Böttcher, Reiferstr. 43.

Abfall-Lachs, Paket 30 Pfg.
Krämel-Lachs, Paket 20 Pfg.
 hiesige **Sprott-Büchl, Riste 50 Pfg.**
 empfiehlt

P. Tretow, Schlumacherstr. 27.
J. Schmedje Nachf.

Abfall- und Krämel-Lachs
 Paket 20 Pfg.

Fischstr. 31, Vaden.

Neapel in Köben von 30 bis 40 Pfd., schönschmeckend u. dauerhaft, empfiehlt frei Haus billigt
G. Prestin, Devenau 13. Fernr. 2399.

Abreisenden aufbewahrt u. nachgefordert werden Gegenstände aller Art, als: **Möblien, Koffer** etc. im Lagerhaus und **Expeditions-geschäft Fischerg. 52.**

Billigste
Schirm-Reparatur-Werkstatt
Erich Teinert.
 Südrstraße Nr. 63.

Goldene und silb. Uhren
 gut und billig.
L. S. Baruch, Wandlungsgeschäft, Hagelstr. 35.

Alle Sorten
Brennmaterialien,
Eierkartoffeln, Magn. bon-Kartoffeln in nur erstklassiger Ware liefert zu billigsten Preisen frei ins Haus **Hans Lübcke**, Wickederstr. 38/35, Telephon 2378. Bei Lieferung ab Lager ermässigte Preise.

ff. gebrannte Kaffees
 reinlichend und stets frisch zu 1.30, 1.40, 1.50 und 1.60 pro Pfund.

Bis auf weiteres gebe ich auf 1/2 Pfd. Kaffee 1 Paket Kaffeebohnen gratis.
Friedr. Kock,
 Wiedestraße 52.
 Fernsprecher 2383.

Wehl, Futterstoffe, Süßenfrüchte
 Spezial-Geschäft **C. Breitstadt,**
 Beddergrube 73.

Herrn der Fabrikarbeiter Deutschl.
 Zahlstelle Lübeck.
 Distrikt Schintup.

Mitglieder-Versammlung
 am Sonntag, 5. März
 nachmittags 4 1/2 Uhr
 im **Gasthof Zur Linde.**
 Tagesordnung:
 1. Aufnahme neuer Mitglieder.
 2. Innere Verbandsangelegenheiten.
 3. Verschiedenes.
 Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Die Distriktsleitung.

Sehr preiswert!

Sonntag früh von 7 1/2 bis 9 Uhr
einen großen Posten, ganz frisch gefalzen,
**Schwanzen, Pfoten und
Schweinefleisch,**
diesmal ganz besonders schön,
das Pfd. nur 15 Pfg.

Verkauf in der Fabrik Beim Netzeich 14.
Thüringer Wurst- u. Fleischkonservenfabrik
August Scheere.

Berliner Volks-Zeitung

2mal täglich

erscheint die Berliner Volks-Zeitung,
sie ist dadurch in der Lage, ihre
Leser über alle wichtigen Begeben-
heiten schneller unterrichten zu können,
als dies bei den täglich nur einmal
erscheinenden Blättern der Fall sein
kann. Die Berliner Volks-Zeitung
bietet mit ihren Gratis-Beiblättern:
Täglich. Unterhaltungs-Blatt (4seitig),
farbiges, illustriertes
Witzblatt „Uik“
(8seitig), „Illustrierte Familien-Zeitung“
(16seitig) und „Illustrierte Kinder-Zei-
tung“ (14seitig) einen äußerst
vielseitigen Lesestoff.

Man abonniert bei allen Postanstalten zum
Preise von 90 Pfennig monatlich.

Mehr als 63 000 Abonnenten.

Waisen-Hof. Sonntag: Tanz

Eintritt frei. Gustav Gipp.

Außerordentliche

General-Versammlung
der Allgemeinen
Ortskrankenkasse Schwartau
am Sonntag, dem 5. März,
nachmittags 3 Uhr,
im Gasthof Transvaal.

Tages-Ordnung:
2. Ergänzungswahl des Vorstandes.
1. Sonstiges.

Der Vorstand.

Wetterichs Dampfer n. Waldhalle

Sonntags bei günstiger Witterung:
Ab Goldendörfer 1.30, 3.40, 4.20 nachm.
Ab Waldhalle 2.15, 3.40, 6 nachm.
Fahrpreis: II. Klasse 10 Pf. a Person
I. Kl. Erwachsene 20 Pf., Kinder 15 Pf.

Gasthof „Stein-Mühlen“

Am Sonntag, dem 5. März:
Verpielen von ger. Xalen
wozu frdl. einladet Betty Stadt.

Zauberflöte Schüssel-
buden 4.
Neue Kapelle!!!
Sachsen-
Orchester „Aida“
(6 Damen u. 2 Herren)
Eintritt frei.

Wilhelm-Theater.

Jeden Sonntag von 5-1 Uhr:
Tanzkränzchen

Adlershorst.

Jeden
Son-
tag:
Tanzkränzchen

Am Sonntag,
5. März:

Tanzkränzchen
in nächstehenden Lokalitäten:

Friedr. Franz-Halle
Großes
Tanzkränzchen.
Anf. 4 Uhr. Eintr. frei.
L. Stamer.

FLORA.
Großes Tanzkränzchen.
Anfang 4 Uhr. Ende 2 Uhr.
Eintritt frei. Max Siems.

Gesellschaftshaus Marli.
Marlstr. 18.

Freies Tanzkränzchen.
Heinrich Kaben.

Friedrichshof.
Großer Tanz.
Anfang 5 Uhr. Ende 1 Uhr.
Eintritt frei. J. H. Hagestein.

Hansa-Halle.
Großes Tanzkränzchen.
Anf. 5 Uhr. Eintr. frei. Ende 1 Uhr.
Abonnem. 50 Pfg. J. Rieck.

Brauerei Fackenburg.

Sonntag, den 5. März 1911:
Großes Konzert
verbunden mit gr. Fastnachtshill.
Anfang 4 Uhr. Eintritt 10 Pfg.
Otto Tamsen.

Sozialdemokratischer Verein.

Mitglieder-Versammlung

am Dienstag, dem 7. März 1911
abends 8 1/2 Uhr,
im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52.

- Tages-Ordnung:
1. Statistik über die Beteiligung am Rühle-Kursus.
2. Die diesjährige Maisfeier.
3. Verschiedenes.
Um zahlreiches Erscheinen der Mitglieder ersucht
Der Vorstand.

Gewerkschaftshaus Lübeck

Johannisstraße 50-52.

Spezialität: Frühstücks- u. Abendplatte. Zivile Preise.
ff. bürgerl. Mittagstisch 65 Pf. von 12-2 Uhr.



Arbeiter-Radfahrer- Berein Lübeck.

Sonntag, den 5. März 1911:

Frühjahrs-Vergnügen

verbunden mit Reigenfahren und Kappenfest
in sämtl. Räumen des Gewerkschaftshauses, Johannisstr.

Kasseneröffnung 5 Uhr. Anfang 6 Uhr. Ende 2 Uhr.
Eintritt 60 Pfg., eine Dame frei.

Mitgliedsbücher sind vorzuzeigen.
Das Fest-Komitee.

EINSEGEL.

Sonntag, den 5. März 1911:

Gr. humor. Kappenfest u. Ball, verb. mit Aufführungen
unter Mitwirkung des Dilettantenklub St. Gertrud.

Eintritt 50 Pfg., eine Dame frei. Von 6 bis 8 Uhr Aufführung.
Kasseneröffnung 5 1/2 Uhr. Anfang 6 Uhr. Ende morgens.
Hierzu ladet freundlichst ein Jenkel.

Biophon

Lichtbild-Theater

nur Breite Straße 52.

Wieder ein

Großer Schlager. Der Letzte der Abenceraggi

nach der Novelle von Chateaubriant
u. a. das hervorragende Programm.

Keine Pause. Nur für Erwachsene.

Zentral-Hallen.

Sonntag, den 12. März 1911:

II. grosse öffentliche

Volksmaskerade und Kappenfest für Zuschauer.

H. Pagel.

Wakenitz-Bellevue.

Am Mittwoch, dem 8. März:

Familienball.

Buchbinder-Verband.

Sonntag, den 5. März 1911

humoristischer Abend

bestehend in
Konzert, Aufführungen und Ball
in „Wakenitz-Bellevue“.

Anfang 7 Uhr.

Eintrittspreis 50 Pfg., eine Dame frei

BALL

Schweinegilde v. Moisting

und Umgegend
verbunden mit Witzkränzchen
am Sonntag, 5. März

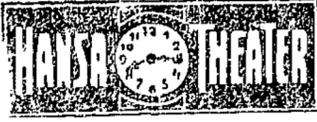
im Lokale Kaffeehaus Moisting
Anfang 7 Uhr.
Eintritt 50 Pfg.

Hierzu ladet ein Das Komitee.

Panorama

Breitestr. 53 I., 31
Ein Besuch von Götting
u. d. Thüringer Waldes

Friedrichroda, Tal, Reinhards-
brunn, Tabarz, Mühlberg,
Hainfelden.



Sonntag, 5. März, einschließ-
lich Sonntag, 12. März:
Täglich 8 1/2 Uhr

Letzter Varieté-Spielplan
dieser Saison.

Gastspiel. Die größte Neuheit
der international. Varieté-Bühne
La puissance de la musique
(Die Macht der Musik.)

Die Wunderkinder
Edith Althoff, 8 Jahre alt,
Hertha Althoff, 5 Jahre alt.
Blühende Ausstattung!

Bachus und Meallen,
Egencrique-Tänzer.

Bert de Brun-Trio,
die besten fliegenden Reck-
Gymnastiker der Welt!

Arthur Wenzel,
Sächsl. Humorist u. Charakterist.

Carla Meding,
Verwandlungs-Tänzerin.

La belle Irvy u. Rio de Costa,
komisch-akrobatische Radfahrer.

Original Fred Kaiser,
Zirkus-Musik.

Dr. Erwin u. Sophie Hemmer,
Kunstgesangsduett aus der
Biedermeierzeit,

sowie die übrigen Attraktionen.
Vorverkauf bei Sager. Die noch
ausstehend. Vorzugskarten haben
nur noch wochentags, vom
6. bis 11. März Gültigkeit.

Stadthallentheater.

Sonntag, 5. März. Abends 8 Uhr
Der König (Le Roi).

Quintett von Gaillet u. de Fiers
Vorverkauf täglich in den bekannten
Stellen bei Nagel, Markt 14, und
Roh. Kohnmarkt 13.

Neues Stadttheater.

Sonntag, 5. März. Nachm. 3 Uhr
Bei kleinen Preisen!

Die geschiedene Frau.
Operette von Leo Fall.

Sonntag, 5. März. Abds. 7 1/2 Uhr
Gewöhnliche Opern-Preise!

Lehnte Galsp. d. Sopranfängerin
Lily Herking

vom Herzogl. Hoftheater in Dessau
Mignon.

Oper von A. Thomas.
Montag, 6. März. 7 1/2 Uhr
Bei kleinen Preisen!

Alt-Heidelberg.

Schauspiel von Meyer-Hörter.
Dienstag, 7. März. 7 1/2 Uhr
Uraufführung!
MODELLE
Schauspiel von Johannes Tralew